BERICHT BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

ANLAGE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

18. BUNDESPARTEITAG

Bericht der Bundespartei
erstattet vom Generalsekretär der CDU,
Dr. Bruno Heck
auf dem 18. Bundesparteitag der CDU
25.–27. Januar 1971 in Düsseldorf

Druck: Buch- und Zeitungsdruckerei H. Köllen, Bonn

Die Partei hat seit dem Parteitag in Mainz an ihrer Arbeit manches geändert und den neuen Verhältnissen angepaßt. Vieles und darunter das meiste von dem, was im organisatorischen Bereich geschehen ist, dürfte dabei jedoch der öffentlichen und vielfach auch der parteiinternen Aufmerksamkeit entgangen sein. Der Geschäftsbericht, der in meinem Auftrag vom Bundesgeschäftsführer der Partei, Herrn Dr. Göb, zusammengestellt worden ist, macht einiges davon sichtbar. Ich lege ihn dem Parteitag in Ergänzung meines Berichts schriftlich vor mit der Bitte, ihn aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. BRUNO HECK

Bundesparteitag

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis- oder Landesparteitagen gewählt werden. Er tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen. Der Parteitag beschließt über die Grundlinien der Politik der Partei und über das Parteiprogramm. Diese Beschlüsse sind als Grundlage für die Arbeit der Fraktionen und die von der CDU geführten Regierungen in Bund und Ländern verbindlich.

Der Bundesparteitag am 17./18. November 1969 in Mainz hatte beschlossen, daß eine vom Bundesvorstand einzusetzende Kommission aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Bundestagswahl und unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept entwickelt, das dem nächsten Bundesparteitag zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Der Bundesvorstand hatte vorgesehen, diesen Parteitag im November 1970 in Hamburg abzuhalten. Doch zeigte sich sehr bald, daß die umfangreichen Arbeiten der eingesetzten Kommission und die vorgesehene gründliche Beratung der Vorschläge in den Gliederungen der Partei mehr Zeit benötigten. Der Bundesvorstand beschloß daher auf Antrag mehrerer Landesverbände und zahlreicher Kreisverbände, den Parteitag auf den 25. bis 27. Januar 1971 nach Düsseldorf zu verlegen.

Der Parteitag in Düsseldorf soll sich nach dem Beschluß des für die Einberufung zuständigen Bundesvorstandes ausschließlich mit der Fortschreibung des Berliner Programms befassen. Den nächsten ordentlichen Parteitag hat der Bundesvorstand für Anfang Oktober 1971 in Hamburg vorgesehen. Auf diesem Parteitag sollen auch die nach dem Parteistatut in jedem zweiten Kalenderjahr vorzunehmenden Wahlen des Bundesvorstandes erfolgen.

Bundesausschuß

Der Bundesausschuß ist für alle politischen und organisatorischen Fragen der Partei zuständig, soweit sie nicht dem Bundesparteitag vorbehalten sind. Er setzt sich zusammen aus den von den Kreis- oder Landesparteitagen gewählten Delegierten, dem Bundesvorstand, je einem Vertreter der Vereinigungen und den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse (mit beratender Stimme).

Beschlußfassung über Anträge

Der Bundesausschuß trat 1970 zweimal zusammen. Eine dritte, für den 9. Juli vorgesehene Sitzung, konnte nicht stattfinden, da an diesem Tag strenge Präsenzpflicht im Bundestag angeordnet war. In seiner Sitzung am 2. Oktober 1970 nahm er die Berichte über die Arbeit des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion entgegen und bestätigte nach eingehender Diskussion die sich daraus ergebende politische Linie.

Der 17. Bundesparteitag hatte die Anträge III/1 bis 10, III/11 a, 13 bis 18 und III/21 und 23 an den Bundesausschuß überwiesen.

Durch gesetzgeberische Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bzw. der Bundesregierung wurden der Sache nach erledigt oder einer Verwirklichung näher gebracht die Anträge III/4, 6, 7, 8, 21. Durch die Arbeiten der Programmkommission der CDU sowie durch Behandlung der gleichen Gegenstände im Entwurf der Fortschreibung des Berliner Programms wurden inhaltlich erfaßt und abgedeckt die Anträge III/1 bis 3, 9, 9 a, 10, 11 a, 13 bis 18, 21 und 23. Der Antrag III/5 wurde durch Zusammentritt des Bundesfachausschusses „Ballungsräume" erfüllt.

Der Bundesausschuß der CDU hat am 2. Oktober 1970 gleichfalls einstimmig den Antrag III/11, der ihm ebenso vom 17. Bundesparteitag der CDU überwiesen worden war, für erledigt erklärt, nachdem zuvor der Bundesfachausschuß für Wirtschaftspolitik dazu eine Stellungnahme abgegeben hatte. Der ebenfalls an den Bundesausschuß überwiesene Antrag III/20 konnte noch nicht abschließend behandelt werden, weil dazu erst noch die Stellungnahmen der Bundesfachausschüsse für Wirtschaftspolitik und für Sozialpolitik eingeholt werden mußten.

Der Antrag der Frauenvereinigung zum Ladenschlußgesetz wurde dem Sozialpolitischen Ausschuß zur Stellungnahme überwiesen.

In einer Sitzung am 17. Dezember 1970 befaßte sich der Bundesausschuß wiederum mit aktuellen politischen Fragen nach einem Bericht des Parteivorsitzenden über die Arbeit des Bundesvorstandes. Es wurde eine Geschäftsordnung für den Bundesparteitag zur Vorlage an den Bundesparteitag beschlossen. Von besonderer Bedeutung für die Parteiorganisation war die Genehmigung der Satzungen von Vereinigungen.

Genehmigung von Satzungen

Der Bundesausschuß hat am 17. Dezember 1970 in Bonn jeweils einstimmig die neuen bzw. neugefaßten Satzungen von folgenden Vereinigungen genehmigt: Junge Union, Sozialausschüsse der CDA, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstandsvereinigung der CDU / CSU, Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.
(Die Satzung der Frauenvereinigung hatte der Bundesausschuß der CDU bereits am 7. Juni 1969 in ihrer Neufassung einstimmig genehmigt.)
Der Bundesausschuß der CDU hat sich am 17. Dezember 1970 in Bonn nach ausführlicher Diskussion bei sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung für die Genehmigung des Entwurfs der Satzung der Wirtschaftsvereinigung der CDU entschieden. Dieser Entwurf war nach mehrjährigen Verhandlungen zwischen Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Wirtschaftsrat der CDU e. V. und Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland zustande gekommen. Die Wirtschaftsvereinigung der CDU soll nach der Satzung innerhalb der Partei die Anliegen der Unternehmer und der Gewerbetreibenden aus Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungsbereich sowie der freiberuflich Tätigen und der leitenden Angestellten wahrnehmen. Sie soll das Gedankengut und die Politik der CDU in den Kreisen der Wirtschaft, des Mittelstandes und der freien Berufe vertreten. Mitglieder der Vereinigung können werden juristische Personen des privaten Rechts und Personenmehrheiten, deren Mitglieder dem vorgenannten Personenkreis angehören und die sich zu den Grundsätzen und Zielen der Vereinigung bekennen. Die Wirtschaftsvereinigung hat als Organe die Delegiertenversammlung und den Vorstand. Sie gliedert sich regional in der Weise, daß mindestens auf der Ebene der Bundesländer eigenständige Gebietsverbände ihrer Mitglieder bestehen, die auf der jeweils gleichen Organisationsstufe zur engen Zusammenarbeit in allen die Vereinigung betreffenden Fragen verpflichtet sind.

Beitragswesen der Vereinigungen

Der Bundesausschuß folgte auch einer Empfehlung des Bundesfinanzausschusses zur Vereinheitlichung des Beitragswesens der Vereinigungen. Nach diesem Beschluß müssen die Vereinigungen der Partei ihre Beitragsregelungen folgenden Grundsätzen anpassen:
„1. Mitglieder der Vereinigungen zahlen grundsätzlich dann keinen Beitrag an die Vereinigungen, wenn sie Parteimitglied sind. Mitglieder in den Vereinigungen, die nicht Mitglieder der Partei sind, zahlen einen gesonderten Beitrag.
2. Hält die Vereinigung eigene Publikationen, so sind Bezugsgebühren zu erheben.
Der Einzug der Beiträge von Vereinigungsmitgliedern, die nicht Mitglied der Partei sind, kann durch zentrales Inkasso zusätzlich erfolgen."

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand leitet die Partei. Er führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durch. Der Bundesvorstand besteht aus 30 Mitgliedern.

Der Bundesgeschäftsführer nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundesvorstandes teil.

Sitzungen

Der Bundesvorstand trat im Jahre 1970 sechsmal zusammen. Es wurden jeweils die aktuellen politischen Probleme beraten und die in der Zuständigkeit des Bundesvorstandes liegenden laufenden Angelegenheiten der Parteiführung erledigt.

Es ist nicht möglich, die Fülle der im einzelnen beratenen politischen Probleme darzustellen. Die veröffentlichten Kommuniqués zeigen, daß der Bundesvorstand sich vor allem immer wieder mit den Fragen der Deutschland- und Ostpolitik befaßt hat, nachdem die Bundesregierung ihren Mangel an innenpolitischen Aktivitäten mit einer unverantwortlichen Hektik an außenpolitischen, vor allem ost- und deutschlandpolitischen Aktionen überdeckte. Im März 1970 stellte der Bundesvorstand zu dem bevorstehenden Treffen Brandt – Stoph in Erfurt fest: „Wir müssen die geplante Begegnung in Erfurt im Zusammenhang mit den Gesprächen in Moskau und Warschau sehen. Für uns geht es im Kern um die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der DDR. So wie wir für uns auf Freiheit und Selbstbestimmung nicht verzichten können, so wenig dürfen wir dies zuungunsten unserer Landsleute in der DDR tun. Niemand kann voraussagen, wann sie dieses Selbstbestimmungsrecht werden ausüben können. Es gibt aber in aller Ungewißheit eine feste Regel für unsere Deutschlandpolitik.

Keine deutsche Regierung darf etwas tun, was durch ihre eigene Schuld oder durch ihr eigenes Versagen unseren Landsleuten den Weg zur Selbstbestimmung erschwert oder verbaut.

Die CDU erwartet daher, daß bei allem von uns unterstützten guten Willen zu einem friedlichen Ausgleich von deutscher Seite der aller Welt bekannten Härte der östlichen Forderungen mit jener Klarheit und Festigkeit begegnet wird, die für die Wahrung der Lebensinteressen unseres Volkes und für die Anbahnung eines europäischen Friedens notwendig ist."

Die Ostpolitik und die Deutschlandpolitik der Bundesregierung und die eigenen Vorstellungen und Alternativen beschäftigten den Bundesvorstand auch in den späteren Sitzungen. Alle Stellungnahmen bauten auf der grundsätzlichen Erklärung des Vorstandes vom März 1970 auf. (Wegen der Stellungnahmen im einzelnen vgl. die vom Bundesvorstand bestätigten Kommuniqués des Präsidiums.)

Mehrfach gab der Bundesvorstand seiner Besorgnis über die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftspolitische Inaktivität der Bundesregierung Ausdruck. Im September 1970 forderte er die Bundesregierung mit Nachdruck auf, endlich eine Politik der wirtschaftlichen Stabilität zu betreiben: „Erster Schritt auf diesem Weg muß die Rückkehr zu einer stabilitätsgerechten Finanz- und Haushaltspolitik sein."

In einer Sitzung vom 26. bis 28. November 1970 hat der Bundesvorstand den von der Programmkommission vorgelegten Entwurf unter Berücksichtigung der dazu aus den Gliederungen der Partei eingegangenen Stellungnahmen beraten und eine Vorlage für den Parteitag in Düsseldorf erarbeitet.

Präsidium

Das Präsidium führt die Beschlüsse des Bundesvorstandes aus.

Es erledigt insbesondere die laufenden und dringlichen Geschäfte des Bundesvorstandes.

Das Parteipräsidium hielt im Jahre 1970 31 Sitzungen ab. Außerdem gab es acht Gespräche zwischen dem Präsidium und Vertretern von Gewerkschaften, Verbänden und sonstigen Organisationen, die der Information und dem Meinungsaustausch dienten.

Das Präsidium nahm zu den jeweils anstehenden politischen Problemen Stellung und erledigte die laufenden Angelegenheiten der Parteiführung von besonderer Bedeutung.

Im Vordergrund der politischen Stellungnahmen standen die Ostpolitik, die Deutschlandpolitik und im Bereich der Innenpolitik vor allem die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik.

Deutsch-sowjetischer Vertrag

Besonders bedeutsam war dabei der Beschluß des Präsidiums vom 9. August 1970, der in einem Beschluß des Fraktionsvorstandes und einem Schreiben des Fraktionsvorsitzenden vom 10. August 1970 an Bundeskanzler Brandt seinen Ausdruck fand und in dem Partei und Fraktion entscheidende Bedenken gegen den deutsch-sowjetischen Vertragsentwurf geltend machten. Am 26. August 1970 hat das Präsidium dann die Haltung der Partei zu diesem Vertrag präzisiert. Es erklärte u. a.:

„Aufgrund der vorliegenden Unterlagen stimmen das Präsidium der CDU und der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion in der Bewertung des Vertrages voll überein. Die entscheidenden Bedenken der CDU beziehen sich u. a. auf folgende Punkte des Vertrages und der Ostpolitik der Regierung:

1. Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ist gefährdet.

2. Die Festlegung von Grenzen muß einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten bleiben.

3. Konkrete Verbesserungen in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem mehr Freizügigkeit für Menschen und Ideen in ganz Deutschland, sind bisher nicht gewährleistet.

4. Die Fragen der Sicherung des freien Berlins und seiner Zukunft sind ungeklärt.

Die Politik der Bundesregierung, die diesem Vertrag zugrunde liegt, bedroht die Fundamente der westlichen Integrations- und Bündnispolitik."

Das Präsidium erklärte weiter, der unterzeichnete Vertrag enthalte einseitige Leistungen und Zugeständnisse zugunsten der Sowjetunion. Es bekräftigte noch einmal die Bereitschaft der Union, aufgrund einer umfassenden Unterrichtung über alle Protokolle und Unterlagen eingehend mit der Bundesregierung zu sprechen, um insbesondere in den Fragen Berlins eine einvernehmliche Haltung zwischen den Westmächten, der Bundesregierung und der CDU/CSU anzustreben.

Auch in späteren Erklärungen hat das Parteipräsidium diese Grundbedingungen einer Ostpolitik immer wieder herausgestellt und wiederholt davor gewarnt, daß insbesondere die Erwartungen, die mit den Berlin-Verhandlungen verknüpft sind, allmählich auf ein Minimum reduziert würden.

Deutsch-polnischer Vertrag

Zum deutsch-polnischen Vertrag erklärte das Präsidium am 23. November 1970:

„Die Bundesregierung schickt sich an, durch ihre Warschauer Abmachungen die Grundlagen der deutschen Politik zu verlassen. Sie will für ganz Deutschland endgültige Grenzregelungen schaffen, obwohl sie gleichzeitig erklärt, nur für die Bundesrepublik Deutschland handeln zu können.

Damit ist sie bereit, im Widerspruch zum Auftrag des Grundgesetzes und zu den Vereinbarungen mit unseren Verbündeten ihre Verantwortung für die Rechte und das Schicksal der ganzen Nation aufzugeben. Die CDU wird in den Gremien der Partei und Fraktion die daraus zu ziehenden Folgerungen prüfen. Sie wird dabei die Auswirkungen dieser Haltung der Bundesregierung auf Berlin, geplante innerdeutsche Regelungen und die Rechte der betroffenen Menschen einbeziehen."

Konjunkturpolitik

Die ernsten Sorgen um die Preis- und Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1970 beschäftigten auch das Parteipräsidium immer wieder. Nachdem es wiederholt auf die bedenkliche Entwicklung hingewiesen und die Bundesregierung zu einer aktiven Stabilitätspolitik aufgefordert hatte, fand am 8. Mai 1970 eine Sitzung des Präsidiums mit den Ministerpräsidenten und Ministern der CDU und CSU aus den Ländern, sowie Vertretern der Arbeitskreise der Bundestagsfraktion der CDU/CSU statt. Es wurde ein in seinen konjunktur- und sozialpolitischen Auswirkungen aufeinander abgestimmtes Maßnahmenpaket erarbeitet und vorgelegt.

Am 16. Dezember 1970 fand nochmals eine Sitzung des Präsidiums im gleichen Rahmen statt, bei der das Präsidium und die anwesenden Minister der CDU und CSU aus den Ländern sowie Vertreter der Arbeitskreise der Bundestagsfraktion der CDU/CSU erklärten: „Ein Jahr konjunktur- und finanzpolitischer Fehlentscheidungen und Versäumnisse der Bundesregierung hat die Volkswirtschaft in eine kritische Situation gebracht. Die Konjunkturpolitik muß nichts mehr fürchten, als eine Situation wie diejenige, in der sie sich jetzt befindet: die Gefahr eines konjunkturellen Abschwunges bei starken Preissteigerungen." Das Präsidium forderte deswegen die Bundesregierung auf, nach den Monaten der Entschlußlosigkeit und der wirtschaftspolitischen Halbheiten die Zügel der Konjunkturpolitik wieder in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für eine wirksame Stabalitätsstrategie aufgezeigt.

Vermögensbildung

Im Bereich der Sozialpolitik hat sich das Präsidium u. a. mit der Vermögensbildung befaßt und die Einbringung eines Gesetzes über die Einführung des Beteiligungslohns initiiert.

Präsidiumsgespräch mit der GdP

Zum ersten Präsidiumsgespräch im Jahr 1970 trafen sich der Vorstand der Gewerkschaft der Polizei und das Präsidium am 26. Februar 1970. Die Vertreter der GdP trugen ihre Bedenken zu dem Antrag des Bundesrates vor, Stellenplanhöchstgrenzen für den Polizeivollzugsdienst festzulegen. Weiterhin wurde die Notwendigkeit eines beschleunigten Ausbaus des Bundeskriminalamtes zu einer modernen Zentrale der Verbrechensbekämpfung besprochen und Fragen der Vermögensbildung für den Bereich des öffentlichen Dienstes erörtert. Schließlich äußerten die Gesprächspartner Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfes der Koalitionsparteien zur Änderung strafrechtlicher Bestim-

mungen zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens (Demonstrationsrecht). Es bestand Übereinstimmung darüber, daß der Entwurf der Koalitionsparteien geändert werden müsse, um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgabe zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens zu ermöglichen.

Mit DAG

Am 12. März 1970 trafen das Präsidium und der Vorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zum Meinungsaustausch zusammen. Es wurde über die Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft gesprochen und das Für und Wider der Einrichtung von Arbeitnehmerkammern diskutiert. Bei der Erörterung einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes konnte in wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt werden, insbesondere hinsichtlich des Gruppenrechts, der Grundrechte der Arbeitnehmer im Betrieb und der Rechtsstellung des Betriebsrates. Von der DAG wurde die Beseitigung der Krankenversicherungspflichtgrenze gefordert unter Beachtung einer einmaligen Wahlfreiheit zwischen den verschiedenen Krankenversicherungen. Das Präsidium begrüßte die Vorschläge, auch den nichtversicherungspflichtigen Angestellten einen gesetzlichen Anspruch auf den Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag zu gewähren.

Mit Deutschem Bauernverband

Die Präsidien der CDU und des Deutschen Bauernverbandes traten am 28. April 1970 zu einer umfassenden Aussprache zusammen. Zwischen den Gesprächsteilnehmern herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Wirtschafts- und Währungsunion in der EWG möglichst rasch verwirklicht werden sollte. Auf dem Wege dahin dürfe jedoch die agrarpolitische Bindung an den Grünen Dollar zu keinen neuen Einkommenseinbußen für die Landwirtschaft führen. Die Fragwürdigkeit dieser Bindung zeige sich eindeutig an der unterschiedlichen Kostenentwicklung in der EWG. In der Markt- und Preispolitik war man sich einig, daß nur bei kostenorientierten Preisen eine vernünftige Struktur- und Regionalpolitik sowie eine Teilnahme der deutschen Landwirtschaft an der Einkommensentwicklung der Gesamtwirtschaft möglich ist.

Mit Bund der Vertriebenen

Am 8. Oktober 1970 fand eine eingehende Diskussion zwischen dem Präsidium der CDU und dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen statt. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Meinungsfreiheit für die Vertriebenenverbände gewahrt bleiben muß. Gewaltverzicht, die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der menschlichen und kulturellen Begegnungen mit Polen wurden bejaht, die Festlegung der Grenzen aber sollten einem freivereinbarten Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Es gelte, sich der materiellen Vorwegnahme von Grenzregelungen zu widersetzen. Beide Präsidien erklärten, daß eine Politik der Verständigung und Aussöhnung nicht ohne Sicherung der Menschen- und Gruppenrechte, auch der Deutschen, möglich sei.

Mit Standortpresse

Ein weiteres Gespräch führte das Präsidium am 8. Oktober 1970 mit dem Vorstand der Standortpresse. Hierbei wurden die Schwierigkeiten kleiner und mittlerer Tageszeitungen erörtert, die sich aus der zunehmenden Rationalisierung und Automatisierung im Pressewesen ergeben. Der Vorstand der Standortpresse begründete die weiter absinkende Zahl der selbständigen Zeitungsredaktionen mit der unübersehbaren Konzentrationsbewegung, von der vor allem die mittleren und kleineren Tageszeitungen betroffen würden. Dieser Konzentrationsprozeß sei politisch bedenklich, weil er die Vielfalt der publizistischen Stimmen einzuschränken drohe und die standortgebundenen

Lokal- und Regionalzeitungen gefährde. Das Präsidium der CDU würdigte die Arbeit der Standortpresse und unterstrich die politische Bedeutsamkeit dieser Zeitungen als Verbindung zwischen dem Leser und seiner unmittelbaren Umgebung, die von keinem anderen Medium übernommen werden könne. Es wurde überlegt, ob und inwieweit Subventionen durch staatliche Regelungen zur Erhaltung der Vielfalt in der deutschen Presse eingesetzt werden könnten.

Mit Bund Freiheit der Wissenschaft

Über die Lage an den Hochschulen gab es ein Gespräch zwischen dem Parteipräsidium und dem Initiativausschuß des Bundes Freiheit der Wissenschaft am 18. Oktober 1970 in Bonn. An diesem Gespräch nahmen auch Vertreter des Kulturausschusses der CDU sowie der Vorsitzende des Ringes Christlich Demokratischer Studenten teil. Die Gesprächsteilnehmer stellten übereinstimmend fest, daß die Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen der Bundesrepublik in den letzten Jahren zunehmend bedroht und ausgehöhlt worden ist; dem haben die Hochschulgesetze in einigen Ländern nicht ausreichend Rechnung getragen. Schon längst in Gang gekommene Reformen sind, unter dem Druck radikaler Gruppen in den Hochschulen, gebremst und teilweise bekämpft worden. Das Präsidium der CDU und der Initiativausschuß des Bundes Freiheit der Wissenschaft forderten, daß die Hochschulreform von ihrer wissenschaftlichen Aufgabe her orientiert sein muß, das heißt Priorität des wissenschaftlichen Leistungsprinzips und Freiheit der Forschung und der Lehre von politischem Zwang. Gegen offene Rechtsbrüche radikaler Gruppen, die innerhalb und außerhalb der Hochschulen unverhüllt die Beseitigung unserer freiheitlichen, demokratischen Verfassungsordnung anstreben, muß energisch Widerstand geleistet werden.

Mit Bundeswehrverband

Auf Einladung der CDU fand am 7. Dezember 1970 ein Arbeitsgespräch zwischen dem Präsidium der CDU und dem Vorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes statt. Das Gespräch ging von der gemeinsamen Basis aus, daß die Sicherheit der Bundesrepublik ohne eine funktionsfähige Bundeswehr, die sich auf eine ausreichende Wehrbereitschaft der Bevölkerung stützen müsse, nicht gewährleistet werden könne. Die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte wiederum ist aber ohne eine Lösung der Personalprobleme nicht denkbar. Völlige Übereinstimmung ergab sich in den Besoldungsfragen. Die CDU bemüht sich zwar, eine einheitliche Besoldungsordnung zu erhalten, sie ist jedoch mit dem Bundeswehrverband einig, daß, falls es zu einer eigenen Besoldungsordnung für andere Beamtengruppe kommen sollte, auch eine eigene Besoldungsordnung für Soldaten erforderlich sein wird. Einen eingehenden Meinungsaustausch gab es auch über die Sozial- und Fürsorgefragen der Bundeswehr. Als ein besonderer Schwerpunkt erwies sich in diesem Zusammenhang die Wohnungsfürsorge. Hierbei waren sich die Gesprächspartner einig, daß die Zuständigkeit beim Bundesministerium für Verteidigung liegen muß, eine Globalanmietung von Wohnungen für die Angehörigen der Bundeswehr die beste Lösung der Probleme verspricht und eine eigene Bauverwaltung anzustreben ist.

Mit DGB

Präsidium der CDU und Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes trafen sich am 14. Dezember 1970 zu einem ausführlichen Gespräch über die Fragen der Betriebsverfassung und der Mitbestimmung sowie der Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Das Präsidium der CDU unterrichtete die Vertreter des DGB über den Stand ihrer Diskussion um die Fragen der Mitbestimmung und der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sowie über die Vorstellungen, die darüber in der Fortschreibung des Berliner Programms ihren Niederschlag finden sollen. Der DGB erläuterte dazu seine Forderungen. In einem Expertengespräch soll die Diskussion der beiderseitigen Auffassungen fortgesetzt werden. In der Konjunkturpolitik ergaben sich weitgehende Übereinstimmung in der Gesamtbeurteilung, dagegen Unterschiede über die zu ergreifenden Maßnahmen. CDU und DGB stimmten in der Auffassung überein, ihre Kontakte zu intensivieren. Es wurde verabredet, nach dem Bundesparteitag im Januar 1971 erneut zusammenzukommen.

Koordinierung der Führungsgremien

Eine wesentliche Aufgabe der Opposition, deren Erfüllung über einen Wahlsieg entscheiden wird, ist die Verdeutlichung einer alternativen Politik. Kritik und Kontrolle der Regierung in diesem Sinne bedeutet nicht nur die bloße Überwachung der Regierung, sondern ein unablässiges Einwirken auf Kurs und Maßnahmen der Regierungspolitik. Auch dazu ist eine klare Haltung der Opposition in den wichtigsten politischen Fragen notwendig. Die Verdeutlichung einer solchen Haltung setzt aber Geschlossenheit der Partei in allen politischen Fragen und Aktionen voraus. Diese Geschlossenheit zu erreichen, bedarf es besonderer Anstrengungen, besonders bei einer Partei mit einer verteilten Führungsstruktur, bei der zudem noch Parteiführung und Fraktionsführung im Bundestag personell und organisatorisch getrennt sind und die nach ihrem Statut das Vereinigungsprinzip kennt. Dazu kommt die Notwendigkeit, auch außerhalb der bestehenden Fraktionsgemeinschaft eine gemeinsame politische Haltung mit der CSU zu erreichen.

Koordinierungsmaßnahmen

Deswegen sind Koordinierungsmechanismen im Führungsapparat der CDU und zwischen CDU und CSU unabdingbar notwendig. Zur Zeit gibt es folgende Regelungen:

1. Zwischen der Führung der Partei und Fraktionsführung besteht eine weitreichende Personenidentität. So sind die Mitglieder des Parteipräsidiums in vielen Fällen gleichzeitig Mitglieder der Fraktionsführung. Der Oppositionsführer im Bundestag ist kraft Amtes Mitglied des Parteipräsidiums.
2. Darüber hinaus wurde vereinbart, daß die Sitzungen des Präsidiums der Partei zeitlich so stattfinden, daß eine Koordinierung mit der Fraktionsführung möglich ist. Auch ist gewährleistet, daß nach den regelmäßig am Montagmorgen stattfindenden Präsidiumssitzungen gemeinsame Sitzungen zwischen dem „Elfer-Rat" der Fraktion und dem Präsidium der Partei möglich sind.
3. Zwischen den Parteien CDU und CSU ist vereinbart, daß der Bundes- bzw. Landesvorsitzende und die beiden Generalsekretäre zu

den Bundes- bzw. Landesvorstandsitzungen der anderen Partei eingeladen werden.
4. Die notwendige Koordinierung der Arbeit zwischen der Partei und den Vereinigungen ergibt sich ebenfalls zu einem großen Teil aus der Personengleichheit in den jeweiligen Führungsorganen. Dazu kommt, daß auch im Bereich der Geschäftsführungen Konferenzen eingerichtet wurden, bei denen sich die Geschäftsführer der Vereinigungen auf Einladung des Bundesgeschäftsführers der Partei zu einem Informations- und Meinungsaustausch treffen.
5. Schließlich bestehen zwischen Partei und Fraktion Vereinbarungen, die ein koordiniertes Vorgehen der Organisationen gewährleisten sollen. Die organisatorischen Voraussetzungen dafür wurden geschaffen. So wurde zum Beispiel die für die Zusammenarbeit mit der Fraktion besonders wichtige Abteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle in verschiedene Gruppen aufgegliedert, die weitgehend in ihrer Aufgabenstellung den Arbeitskreisen der Fraktion entsprechen. Die Referenten der einzelnen Sachbereiche nehmen an den jeweiligen Arbeitskreissitzungen teil.
Zu den bestehenden Koordinierungsmechanismen sind schließlich auch diejenigen zu zählen, die einer Ausrichtung der Zusammenarbeit zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden dienen.
1. Da die Landesvorsitzenden nicht kraft Amtes Mitglieder eines der Führungsgremien der Partei sind, werden sie zu einer Landesvorsitzenden-Konferenz vom Generalsekretär eingeladen. Darüber hinaus werden die Landesvorsitzenden bei der Beratung besonderer Themen auch zu Sitzungen des Bundesvorstands hinzugezogen.
2. Dem selben Zweck vertikaler Koordinierung dient die Landesgeschäftsführerkonferenz. Hier treffen sich auf Einladung des Bundesgeschäftsführers die Geschäftsführer aller Landesverbände um gemeinsame, überwiegend organisatorische Fragen zu behandeln.
Dennoch ist eine weitere Verbesserung der Koordinierung notwendig.

Beziehungen zu ausländischen Parteien

Auch die zwischen der CDU und den befreundeten Parteien des Auslands bestehenden Institutionen zur gegenseitigen Information und Kommunikation wurden in verstärktem Maße genutzt und intensive Anstrengungen zu ihrer Erweiterung und Vertiefung unternommen. Im Mittelpunkt der Bemühungen der CDU um Information der befreundeten Parteien stand die Darstellung der außenpolitischen Konzeption der CDU. Durch einen ständigen Fluß von Informationen und Analysen wurde versucht, die Haltung der CDU zu Fragen der Europapolitik und vor allem zu Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik darzulegen und verständlich zu machen.

Es fanden ferner Gespräche mit führenden Politikern der befreundeten europäischen Parteien statt. Hervorzuheben sind hierbei:

Die Tagung der EUCD vom 24. bis 25. Oktober 1970 in Brüssel.

An dieser Tagung der EUCD nahmen für die CDU der Generalsekretär Dr. Heck und die Bundestagsabgeordneten Lücker und Dr. Bach teil. Die Tagung widmete sich neben der Erledigung von organisato-

schen Fragen weitgehend der Diskussion über die Deutschland- und Ostpolitik. Von deutscher Seite wurden die entscheidenden Bedenken der CDU gegen die Ostpolitik der Bundesregierung vorgetragen und die Haltung der Opposition in diesen Fragen erläutert, die mit vollem Verständnis gewürdigt wurde.

Der Parteitag der englischen Konservativen.

Am Parteitag der englischen Konservativen in Blackpool am 9. und 10. Oktober 1970 nahm eine Delegation der CDU unter Leitung von Bundestagspräsident von Hassel teil. Im Mittelpunkt einer Aussprache der ausländischen Delegationen am Rande des Parteitages standen Fragen der Kooperation der christlichen und konservativen Parteien in Europa. Es wurden insbesondere Gespräche über Organisation und Zielsetzung der vom 21. bis 23. Mai 1971 in Wien vorgesehenen Interparty-Konferenz der christlich-demokratischen und konservativen Parteien in Europa besprochen.

Der Parteitag der konservativen Partei Dänemarks.

Am Parteitag der dänischen Konservativen vom 13. bis 14. November 1970 nahmen MdB Dr. Bach und Staatssekretär Schücking vom Landwirtschaftsministerium in Schleswig-Holstein teil. Der Parteitag bot Gelegenheit, die Beziehungen zu den Vertretern der konservativen Parteien Skandinaviens zu vertiefen. Von der deutschen Delegation wurde vor allem der Standpunkt der CDU in der Ostpolitik dargelegt.

Das Treffen englischer Konservativer und deutscher CDU-Parlamentarier in Bonn.

Vom 4. bis 6. Dezember 1970 fand in Bonn die seit langem geplante Begegnung der CDU mit einer Delegation der konservativen Partei Englands statt. Neben dem Landwirtschaftsminister und dem Staatsminister für Verteidigung nahmen von englischer Seite eine große Zahl führender englischer Konservativer an diesem Treffen teil.

In drei Themenkreisen wurden Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Europa- und Ostpolitik, Fragen der Agrarpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Probleme, die durch den Beitritt weiterer Mitglieder zur EWG aufgeworfen werden, und Fragen der Zusammenarbeit der konservativen Parteien in Europa behandelt. Die Aussprache zeigte eine große Übereinstimmung zwischen der CDU und der konservativen Partei Englands in allen wesentlichen Fragen der Europapolitik, sowie der Ost- und Deutschlandpolitik. Beide Parteien bekräftigten ihre Bereitschaft zur Behebung der hinsichtlich des Beitritts Englands zur EWG noch bestehenden Schwierigkeiten. Sie gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, auf der Wiener Interparty-Konferenz eine Übereinkunft der beteiligten Parteien zu gemeinsamem europäischen Handeln zu erreichen. Daneben wurde vereinbart, auf bilateraler Ebene den gegenseitigen Informationsfluß zu verstärken und den Austausch vor allem jüngerer Politiker intensiver zu gestalten.

Landesverbände

Organisationsstufen der CDU sind: die Bundespartei, die Landesverbände, die Kreisverbände und die Ortsverbände.

Der Landesverband ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Fragen seines Bereiches, soweit sie nicht mehrere Landesverbände gemeinsam betreffen und deswegen nur im Einvernehmen mit der Bundespartei behandelt werden können.

Nach dem Parteistatut erstreckt sich der Wirkungsbereich eines Landesverbandes nicht in jedem Fall auf den Bereich des betreffenden Landes. Vielmehr kann er auch das Gebiet einer Landschaft umfassen. Diese Gliederung findet sich in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

In allen Fällen hat die Praxis gezeigt, daß eine wirkungsvolle politische Aktion die Sicherung der politischen Handlungseinheit im Bereich der Landespolitik voraussetzt. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es in den betroffenen Ländern folgende Regelungen:

Regelungen in Baden-Württemberg

Nach dem Statut der CDU bestehen in Baden-Württemberg zur Zeit folgende CDU-Landesverbände: Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern. Lange Jahre hindurch bestand zwischen Ihnen nur eine lockere und paritätisch zusammengesetzte Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen „Christlich-Demokratische Union Baden-Württemberg", die nur über sehr begrenzte Kompetenzen und als Organe über einen „Vierer-Ausschuß" (Landesleitung) sowie über einen Landesausschuß (20 Mitglieder) verfügte. Am 20. März 1970 hat der gemeinsame Landesparteitag der CDU in Baden-Württemberg eine Satzung der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Baden-Württemberg" verabschiedet. In § 1 wird die CDU in Baden-Württemberg als „der politische Zusammenschluß der Landesverbände Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern" bezeichnet. Der neue Zusammenschluß verfügt über wesentlich erweiterte Kompetenzen, insbesondere auf dem Gebiet der Landespolitik und hat als Organe den gemeinsamen Parteitag und den Vorstand. Am 15./16. Januar 1971 wurde auf einem gemeinsamen Parteitag der CDU in Baden-Württemberg in Baden-Baden ein einheitlicher CDU-Landesverband für das gesamte Land gegründet. Die bisherigen vier Landesverbände haben bereits in getrennten Parteitagen ihre Umwandlung in Bezirksverbände für den Fall des Zustandekommens des gemeinsamen Landesverbandes beschlossen. Sie haben auch grundsätzlich der in Aussicht genommenen Satzung und Finanzordnung der CDU in Baden-Württemberg zugestimmt. Die Baden-Badener Beschlüsse erlangen durch entsprechende Änderung von § 16 Abs. 1 Statut der CDU auf dem Bundesparteitag in Düsseldorf Rechtskraft.

... in Niedersachsen

In Niedersachsen bestehen folgende CDU-Landesverbände: Braunschweig, Hannover und Oldenburg. Diese Landesverbände arbeiten seit ihrer Gründung zusammen und haben darüber am 20. Oktober 1950 und am 25. März 1960 entsprechende Vereinbarungen getroffen. Zur Vertiefung der Zusammenarbeit wurde nach vorhergehender Beschlußfassung der CDU-Landesparteitage von Braunschweig, Hannover und Oldenburg am 18. Mai 1968 auf einem gemeinsamen Parteitag in Bad Rothenfelde die Satzung der „CDU in Niedersachsen" beschlossen.

Die CDU in Niedersachsen ist als „organisatorischer Zusammenschluß mehrerer Gebietsverbände" (§ 7 Abs. 1 Satz 5 ParteiG) anzusehen. Sie hat folgende Organe: Landesparteitag, Landesausschuß und Landesvorstand und nimmt im wesentlichen landespolitische Belange wahr. Nach § 15 der Satzung wird die Geschäftsstelle in Niedersachsen von einem Landesgeschäftsführer geleitet, der vom Landesvorstand angestellt wird. Zur Zeit verfügt die CDU in Niedersachsen über einen hauptamtlichen Generalsekretär und einen hauptamtlichen Hauptverbandsgeschäftsführer.

... In Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen bestehen die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe. Ihre Zusammenarbeit fand 1966 ihren Ausdruck in der Errichtung des „Präsidiums der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe". Das Präsidium, dem je sieben rheinische und westfälische Mitglieder angehören, ist ein Organ der Koordinierung der politischen Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Die Zuständigkeiten der Landesverbände bleiben unberührt. Am 18. April 1970 fand in Leverkusen der 1 gemeinsame Parteitag der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe statt, auf dem einstimmig das „Aktions-Programm für Nordrhein-Westfalen" beschlossen wurde. Gemeinsame Landesparteitage sollen künftig etwa zweimal im Jahr stattfinden.

Die Kreisverbände

Der Kreisverband ist die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU mit Satzung und selbständiger Kassenführung gemäß der Satzung des Landesverbandes. Er ist zuständig für alle organisatorischen und politischen Fragen seines Bereiches, insbesondere für die Aufnahme von Mitgliedern, die Kassenführung und den Einzug und die Verwaltung der Mitgliedsbeiträge.

Zahl der Kreisverbände	376
Durchschnittl. Mitgliederbestand pro Kreisverband	876

Die 10 kleinsten Kreisverbände

Göttingen-Land	80
Zellerfeld	83
Öhringen	91
Blankenburg	96
Hannoversch-Münden	104
Vaihingen	105
Frankenberg	113
Lauterbach	115
Schwäbisch-Hall	116
Biedenkopf	121

Die 10 größten Kreisverbände

Bonn	4 435
Köln-Stadt	4 326
Rhein-Sieg-Kreis	3 726
Düsseldorf-Stadt	3 543
Saarlouis	3 387
Essen	3 378
Recklinghausen-Land	3 164
Aachen-Land	2 831
Ottweiler	2 591
Grevenbroich	2 505

Vereinigungen

Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren. Ihr organisatorischer Aufbau entspricht dem der Partei. Sie haben eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Bundesausschuß bedarf. Der Hauptgeschäftsführer wird im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt. Sie haben das Recht zu eigenen Verlautbarungen, die den von der Partei festgelegten Grundsätzen nicht widersprechen dürfen.

Die Partei hat folgende Vereinigungen: Frauenvereinigung; Junge Union; Union der Vertriebenen und Flüchtlinge; Sozialausschüsse; Mittelstandsvereinigung; Kommunalpolitische Vereinigung.

Bundesgeschäftsstelle

Dem zentralen Parteiapparat wurden durch die Oppositionsfunktion der Partei neue Aufgaben gestellt. Das System der Gewaltenteilung gilt längst nicht mehr uneingeschränkt: insbesondere ist der Dualismus zwischen Parlament und Regierung durch einen Dualismus zwischen Regierungsparteien plus Regierung auf der einen Seite und der Opposition auf der anderen Seite ersetzt. Die Kritik- und Kontrollfunktion des Parlaments verlagert sich damit zunehmend auf die Opposition. Kontrolle, Kritik und politische Alternative setzen Sachverstand voraus und bedingen die Einbeziehung von Fachleuten, deren Organisation und Methoden. Die Regierung verfügt über einen riesigen, sich ständig vergrößernden Lenkungs- und Verwaltungsapparat, der ein erdrückendes Übergewicht schafft.
Als Regierungspartei konnte sich die CDU viele Jahre ebenfalls auf die Kenntnisse hochspezialisierter Fachleute in den Regierungsbehörden stützen. In der Opposition muß sie sich darauf einrichten, daß die Partei und ihr Apparat kein Wahlverband ist, daß es nicht genügt, an die Regierung zu appellieren, Auskünfte, Informationen weiterzuleiten. Damit würde die Opposition abhängig von einem Regierungsapparat, den sie kontrollieren und dem sie die von ihr verfolgte Politik entgegenhalten soll. Es gilt also, unabhängig von der Regierung und ihrem Apparat die Kontrollfunktion auszuüben und neue politische Alternativen aufzuzeigen.
Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit einer technisch-organisatorischen Weiterentwicklung der Bundesgeschäftsstelle, die entsprechend den auf dem 17. Bundesparteitag in Mainz geäußerten Vorstellungen im Jahr 1970 begonnen und vorangetrieben worden ist. Das Ziel dieser Umstrukturierung war einerseits die Schaffung eine Instruments, mit dem wir unserer neuen Aufgabe als Oppositionspartei gerecht werden können, andererseits der Ausbau eines echten Dienstleistungsbetriebes, der die steigenden Anforderungen der Partei und ihrer Organisationen befriedigen muß. Die organisatorischen Reformarbeiten werden im Herbst 1971 einen vorläufigen Abschluß erreichen. Zu diesem Zeitpunkt wird der Neubau des Konrad-Adenauer-Hauses die Möglichkeit bringen, alle Organisationseinheiten der Bundesgeschäftsstelle in einem Haus zusammenzufassen, den technischen Apparat zu rationalisieren und alle Arbeitsabläufe auf der Grundlage einer bis dahin fertiggestellten Systemanalyse zu effektuieren.

Organisationsübersicht

Unabhängig von dieser endgültigen Regelung wurde die Bundesgeschäftsstelle nach eingehenden Vorüberlegungen in ihrer Aufbauorganisation auf die neue Aufgabe eingerichtet. Die politische Abteilung der Geschäftsstelle wurde ausgebaut, ihre Gliederung in Gruppen im wesentlichen der Aufgabenabgrenzung der Arbeitskreise der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angepaßt. Aus der ehemaligen Presseabteilung wurden drei neue Abteilungen gebildet:
eine Abteilung Information, die Informationen sammeln, selektieren und steuern soll, nachdem die Partei von den bisherigen Informationsströmen weitgehend abgeschnitten worden ist,
eine Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, die der Selbstdarstellung der Partei dienen und ihre Ziele, ihr politisches Wollen verdeutlichen soll, sowie
eine Abteilung Presse, Rundfunk, Fernsehen, der neben der Redaktion

der parteieigenen Publikationen die Zusammenarbeit mit den Medien obliegt.
Neu eingerichtet wurde auch eine Abteilung Personalplanung, der die Aufgabe einer Entwicklung und Realisierung eines erweiterten Berufsbildes für hauptamtliche Mitarbeiter der Partei, deren Ausbildung und Fortbildung sowie die Entwicklung eines praktikablen Systems der Personalplanung übertragen ist.
Mit dieser veränderten Organisationsform ist eine andere Form des Arbeitsablaufs entwickelt worden. Die Häufung neuer Aufgaben und der Zwang zur schnellen Lösung bedingt eine Abkehr von hergebrachten Bildern und erfordert die Aufgabenteilung unter gleichzeitiger Delegation von Verantwortung. Für die Mitarbeiter bedeutet dies die Notwendigkeit zu kollegialer Zusammenarbeit. Echte Diskussion, nicht die autoritär geführte Besprechung, kennzeichnet hier einen Lösungsweg für viele anstehende Aufgaben. Brainstorming, Planspiele, kurzfristig zusammengestellte Planungsstäbe und Arbeitsgruppen sind typisch für die neue Arbeitsweise.
In einigen Spitzenfunktionen der Bundesgeschäftsstellen ergaben sich personelle Änderungen. Der langjährige Bundesgeschäftsführer Dr. Konrad Kraske schied mit dem 31. März 1970 aus seinem Amt aus. An seine Stelle trat Dr. Rüdiger Göb, bis zur Ablösung der CDU aus der Regierungsverantwortung Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium. Neuer Sprecher der Partei wurde für den ausgeschiedenen Dr. Arthur Rathke der bisherige Chefredakteur von „Weltbild", Willi Weiskirch.
Die leitenden Funktionen der Bundesgeschäftsstelle sind jetzt wie folgt besetzt:
Generalsekretär: Dr. Bruno Heck
Bundesgeschäftsführer (und stellv. Generalsekretär): Dr. Rüdiger Göb
Leiter der Abteilung Politik und stellv. Bundesgeschäftsführer:
Dipl.-Volksw. Karl-Heinz Bilke
Leiter der Abteilung Rundfunk, Presse,Fernsehen und Sprecher der Partei: Willi Weiskirch
Leiter der Zentralabteilung: Andreas Nathan
Leiter der Organisationsabteilung: Günter Meyer
Leiter der Öffentlichkeitsarbeit: Dr. Werner Brüssau
Leiter der Information/Dokumentation: Heinz Winkler
Geschäftsführung Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Deutschlandbüro der CDU, Kontakt Kuratorium Unteilbares Deutschland: Gerold Rummler
Leiter der Personalplanung: NN
(Siehe Organisationsplan Bundesgeschäftsstelle neben Seite 32.)

Abteilung Politik

In der Arbeit der Abteilung Politik war die Geschäftsführung für die Programmkommission schwergewichtig. Der 17. Bundesparteitag am 17./18. November 1969 in Mainz hatte beschlossen:
„1. Die Union ist seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland die moderne und führende Volkspartei. Sie hat zur Zeit im Bund die für eine Demokratie wesentliche Funktion der Opposition übernommen. Sie begreift ihre Rolle kritisch und konstruktiv. Sie muß daher ihre neue Aufgabe als eine Chance zur personellen, organisatorischen und sachlichen Erneuerung nutzen.
2. Der Bundesparteitag fordert deshalb den Bundesvorstand auf,

unverzüglich eine Kommission einzusetzen, die aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Bundestagswahl und unter Berücksichtigung der neuen Aufgaben der Union ein Reformkonzept entwickelt, das dem Bundesparteitag 1970 zur Beschlußfassung unterbreitet wird. Zur Entscheidungs- und Planungshilfe soll die Kommission wissenschaftlichen Sachverstand heranziehen."

Geschäftsführung Programmkommission

Diesem Auftrag folgend setzte der Bundesvorstand am 12. Dezember 1969 eine Reformkommission ein, die sich am 20. Januar 1970 konstituierte. Vorsitzender dieser Kommission war Dr. Helmut Kohl, sein Stellvertreter Heinrich Köppler. Die Kommission hatte folgende Mitglieder:

Mitglieder Programmkommission

Franz Amrehn MdB
Karl Andres
Dr. Heinrich Barth
Dr. Paul Becher
Ruth Beckmann MdL
Ernst Benda MdB
Ursula Benedix MdL
Dr. Philipp von Bismarck MdB
Irma Blohm
Dr. Norbert Blüm
Hans-Joachim Boehm MdA
Dr. Günter Böhme MdB
Aenne Brauksiepe MdB
Prof. Dr. Walter Braun MdL
Prof. Dr. Fritz Burgbacher MdB
Prof. Dr. Karl Carstens
Dr. Alois Degen
Eberhard Diepgen
Jürgen Echternach MdBü
Prof. Dr. Ludwig Erhard MdB
Leo Ernesti MdB
Dr. Hans Evers MdB
Dr. Johann Frank
Dr. Heinrich Geißler
Heinrich Gewandt MdB
Dr. Rüdiger Göb
Dr. Hermann Götz MdB
Rita Grabowski
Dr. Johann B. Gradl MdB
Annemarie Griesinger MdB
Dr. Winfried Haase
Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn MdL
Prof. Dr. Walter Hallstein MdB
Erwin Häussler MdB
Dr. Carl Hesberg
Hans Katzer MdB
Walther Leisler Kiep MdB
Dr. Egon-Alfred Klepsch MdB
Dr. Helmut Kohl MdL
Heinrich Köppler MdL
Karl Lamers
Egon Lampersbach MdB
Adalbert Leidinger
Dr. Carl Otto Lenz MdB
Dr. Manfred Luda MdB
Dr. Berthold Martin MdB
Dr. Franz Meyers
Dr. Alois Mertes
Josef Mick MdB
Prof. Dr. Paul Mikat MdB
Adolf Müller MdB
Dr. Fritz Neef
Gerhard Orgass MdB
Dr. Winfried Pinger MdB
Dr. Heinz Riesenhuber MdL
Dr. Günter Rinsche MdB
Dr. Burkhard Ritz MdB
Dietrich Rollmann MdB
Thomas Ruf MdB
Hermann Josef Russe MdB
Dr. Manfred Schäfer
Dr. Horst Schmelzer
Wulf Schönbohm
Horst Schröder MdBü
Dr. Chr. Schwarz-Schilling MdL
Uwe-Rainer Simon
Josef Stingl
Maria Stommel MdB
Dr. Walter Strauß
Dr. Bernhard Vogel MdL
Friedrich Vogel MdB
Wolfgang Vogt MdB
Dr. Hans Wagner MdL
Dr. Hanna Walz MdB
Dr. Bruno Weinberger
Dr. R. Frhr. von Weizsäcker MdB
Dr. Helga Wex
Dr. Lothar Wiedemann
Heinrich Windelen MdB
Baron Olaf von Wrangel MdB
Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Die Kommission setzte vier Fachkommissionen, eine Grundsatzkommission und eine Redaktionskommission ein. Außerdem gab es zehn Unterkommissionen, zu deren Sitzungen Experten der verschiedensten Fachbereiche herangezogen wurden. Nach nahezu 50, zum Teil ganz oder mehrtägigen Sitzungen schloß die Kommission ihre Arbeiten mit der Vorlage eines Entwurfes am 21. Juni 1970 ab. Dieser Entwurf wurde dann zwei Wochen später den Gliederungen der Partei zur Diskussion übergeben. Zu ihren Sitzungen lud die Kommission regelmäßig auch Vertreter der CSU ein. Ein Teil des Entwurfes – nämlich die Vorlage zur Frage der Mitbestimmung – wurde von der Programmkommission am 30. September 1970 verabschiedet und der Partei zur Diskussion zugänglich gemacht.
Von dieser Mitbestimmungsvorlage abgesehen, konnte damit der Entwurf von Anfang Juli bis Ende Oktober in der Partei diskutiert werden. Durch die Ferienzeit geriet diese Diskussion unter Zeitdruck. Der Bundesvorstand entschloß sich daraufhin im September 1970, den Anträgen mehrerer Landesverbände und zahlreicher Kreisverbände zu entsprechen und den für Ende November 1970 vorgesehenen Parteitag auf den 25. Januar 1971 zu verschieben.

Fachtagung Umweltschutz

Im Rahmen der Programmdiskussion veranstaltete die CDU am 4. und 5. Juli eine Fachtagung über die Probleme des Umweltschutzes, nachdem dieser Themenbereich in den letzten Jahren in den Vordergrund des Bewußtseins der Politiker und der Bevölkerung gekommen war. Dementsprechend war über diese Fragen in dem Entwurf der Kommission zur Fortschreibung des Berliner Programms ein ausführliches und detailliertes Kapitel enthalten. Diese Vorschläge mit Experten und Interessenten aller Fachrichtungen zu diskutieren und abzuklären und die Vorstellungen der CDU auf die Grundlage der neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Praxis zu stellen, war die Hauptaufgabe dieser Tagung. Darüber hinaus sollte die Diskussion Anregungen für konkrete Gesetzgebungsarbeit zu den besonders dringenden Problemen erbringen und weiterhin eine lose Arbeitsverbindung zwischen der CDU und den Experten für die Zukunft etablieren. Außerdem sollte die Tagung für die Fachwelt und die breite Öffentlichkeit das ernste Interesse der CDU dokumentieren, bei der Bekämpfung der unserer Umwelt drohenden Gefahren entschieden mitzuwirken.
Wie Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, der Leiter der Programmkommission und Leiter dieser Tagung, herausstellte, lassen sich die schwierigen Sachfragen, denen sich die Politiker jetzt und vor allem in Zukunft gegenübersehen, nicht ohne die Hilfe von Fachleuten und Sachverständigen bewältigen. Das gilt auch bei der Abfassung eines Programms für einen so vielschichtigen Komplex wie den Bereich des Umweltschutzes.
Die Reaktion der Fachwelt auf diese Einladung der CDU war außerordentlich positiv. Nahezu 100 Universitätslehrer, Leiter wissenschaftlicher Institute, Vertreter der Industrie, Kommunalpolitiker, Verwaltungsbeamte, Mitglieder der Natur- und Landschaftsschutzverbände, Ministerialbeamte und Parlamentarier nahmen teil.
Entsprechend dem Programmentwurf der CDU wurden zunächst in vier Arbeitskreisen zu den Detailproblemen Luft, Wasser, Lärm und

Bodenschutz/Abfall Situationsanalysen erstellt und konkrete Forderungen zur Abhilfe der bestehenden Probleme erarbeitet. Anschließend wurden in einer Podiumsdiskussion und Generaldebatte die mehr allgemeinen und langfristigen Probleme des Umweltschutzes untersucht.

Diskussion in der Partei

Durch die Verlegung des Parteitages konnte der Abgabetermin für die Stellungnahmen auf den 4. November 1970 hinausgeschoben werden. Insgesamt gingen zu den 155 Punkten des Entwurfs, zur Präambel und zur nachgereichten Mitbestimmungsvorlage – aber auch an allgemeinen Bemerkungen – rund 7000 Stellungnahmen ein. Daran waren beteiligt: 10 Landesverbände, 4 Bundesvereinigungen, 124 Kreisverbände, 7 Bundesfachausschüsse, zahlreiche Landesvereinigungen, Kreisvereinigungen und Ortsverbände sowie viele einzelne Parteimitglieder. Auch Verbände und Personen, die nicht der CDU angehören, gaben Stellungnahmen ab.
Bedenkt man, daß die 7000 Stellungnahmen zu großen Teilen die Summe der Beratungen widerspiegeln, die in speziellen Arbeitskreisen, in örtlichen Kommissionen und oft zusätzlich noch in Mitglieder- und Delegiertenversammlungen stattgefunden haben, dann wird offenbar, wie intensiv – und wie ausführlich – der Entwurf zur Fortschreibung des Berliner Programms in der Union diskutiert worden ist. Diese Gründlichkeit läßt sich auch aus den kritisch-konstruktiven Stellungnahmen selbst ablesen. Sie drücken eine große Meinungsvielfalt aus und reichen im Einzelfall von der Zustimmung über Änderungsvorschläge bis zu Streichungsanträgen.
Mit einem Drittel der Stellungnahmen liegt das Kapitel II an der Spitze, das die Soziale Marktwirtschaft als Gesellschaftspolitik behandelt und auch die Formel zur Mitbestimmung enthält. Die beiden anderen Drittel der Wortmeldungen entfallen zu etwa gleichen Teilen auf die Kapitel I (Bildung, Wissenschaft, Forschung), Kapitel III (Staat, Bürger, Gesellschaft) und Kapitel IV (Außen- und Entwicklungspolitik, Europapolitik, Ostpolitik und Deutschlandpolitik, Sicherheitspolitik).
Das meiste Interesse in den einzelnen Kapiteln fanden die folgenden Themenkreise:
Kapitel I: Reform der Bildungsinhalte (3), Schulversuche (8), familienunabhängige Bildungsförderung (9), obligatorische Vorschulklassen (10), Eltern- und Schülermitwirkung (16).
Kapitel II: Definition Soziale Marktwirtschaft (1), Konjunkturpolitik (2/3), Steuerreform (7/8/9), Familienpolitik (30/31), Alterssicherung (38) und Krankenversicherung, Gesundheitspolitik (40).
Kapitel III: Bundesstaatliche Ordnung (4), Öffentlicher Dienst (6), Gerichtswesen (13), Verbrechensbekämpfung (14), Umweltschutz (15), Bodenrecht (25), Wohnungsbau (26).
Kapitel IV: Aufgaben und Ziele der Bundesrepublik in Europa und in der Welt (1–6), Europapolitik (16), Deutschlandpolitik (23–26), Berlin (27), Polen und CSSR (31), Gewaltverzicht (32), Wehrgerechtigkeit (36).
Die Stellungnahmen wurden in Form einer 1300seitigen Dokumentation von der Bundesgeschäftsstelle der CDU aufbereitet, die Vorschläge den entsprechenden Ziffern des Entwurfs der Programm-

diskussion zugeordnet. Eine Übersicht über die erkennbaren Tendenzen der 7000 Stellungnahmen ist aus der Dokumentation erarbeitet worden.
Mit dem Entwurf der Programmkommission und mit diesem Material beschäftigte sich der Bundesvorstand in einer Klausurtagung vom 26. bis 28. November 1970. Das Beratungsergebnis wurde dann als Vorstandsentwurf für den 18. Bundesparteitag der CDU in der Partei erneut zur Diskussion gestellt. Die antragsberechtigten Gremien hatten dann noch einmal Gelegenheit, Anträge zu diesem Vorstandsentwurf bis zum 11. Januar 1971 einzureichen. Es wurden insgesamt 940 Änderungsanträge gestellt. Über diese Anträge wird der Parteitag beraten und beschließen, der am 25. Januar 1971 in Düsseldorf beginnt.
Im Rahmen der Programmdiskussion hat der Evangelische Arbeitskreis eine Vorlage über „Grundsätze christlich-demokratischer Politik erarbeitet. Es wurde bei den Beratungen festgestellt, daß eine Grundsatzdiskussion über die aktuelle Aufgabe der Fortschreibung des Berliner Programms hinausgeht und in der gesamten Partei ausführlich und gründlich geführt werden soll. Zur Anregung und Information der Mitglieder sollen die Publikationen der Bundespartei wichtige Beiträge zu dieser Diskussion veröffentlichen. In der Anlage ist der Entwurf des Evangelischen Arbeitskreises beigefügt (s. Anlage).

Bundesfachausschüsse

Der Bundesvorstand kann zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden. Die Geschäftsführung für die Ausschußarbeit liegt bei der Abteilung „Politik" der Bundesgeschäftsstelle.
Zur Zeit bestehen folgende Ausschüsse:

1. **Bundesausschuß für Agrarpolitik**
   Vorsitzender: Gustav Niermann MdL;
   stellv. Vorsitzende: Karl Bewerunge MdB; Detlef Struve MdB.

Arbeitskreis „Agrarsozialpolitik": Otto Meyer MdL.
Arbeitskreis „Bildung und Ausbildung": Dr. Isidor Früh MdB.
Arbeitskreis „Markt und Preisfragen": Detlef Struve MdB.
Arbeitskreis „Strukturpolitik und Raumordnung": Hans Peter Schmitz.

2. **Bundesfachausschuß Ballungsräume**
   Vorsitzende: Frau Ruth Beckmann MdL;
   stellv. Vorsitzende: Rolf Bremer MdB; Alo Hauser MdB; Alfred Hein MdB; Dietrich Rollmann MdB.

3. **Bundesausschuß für Gesundheitspolitik**
   Vorsitzender: Dr, Horst Bourmer;
   stellv. Vorsitzende: Dr. Fritz Beske; Frau Irma Blohm; Prof. Dr. Josef Stockhausen.

4. **Bundesarbeitskreis christlich-demokratischer Juristen**
   Vorsitzender: Friedrich Vogel MdB;
   stellv. Vorsitzende: Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt.

Fachkommission „Eherecht": Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt.

Fachkommission „Recht und Justizpolitik": Friedrich Vogel MdB.
Fachkommission „Strafrechtsreform": Dr. Heinz Eyrich MdB.
Fachkommission „Strafvollzug": Gottfried Milde MdL (kommissarisch).
Fachkommission „Verfassungsrecht und Verfassungspolitik":
Dr. Carl Otto Lenz MdB.

5. **Bundeskulturausschuß**
   Vorsitzender: Dr. Bernhard Vogel;
   stellv. Vorsitzende:
   Dr. Berthold Martin MdB; Horst Schröder MdBü.

Kommission „Hochschule": Dr. Berthold Martin MdB.
Kommission „Hochschulrahmengesetz":
Dr. Berthold Martin MdB; Dr. Bernhard Vogel.
Kommission „Schule": Richard Langeheine MdL.
Beirat der CDU für Hochschul- und Forschungspolitik:
(Neukonstituierung im Frühjahr 1971)

6. **Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst**
   Vorsitzender: Ulrich Berger MdB;
   stellv. Vorsitzende:
   Dr. Hans-Joachim Finger; Heinz Touppen; Siegfried Rahammer.

Arbeitsgruppe „Aus- und Fortbildung im öffentlichen Dienst":
Gerulf Herzog
Arbeitsgruppe „Einheitliches öffentliches Dienstrecht": Dr. H. J. Finger.
Arbeitsgruppe „Mitbestimmung im öffentlichen Dienst":
Valentin Brück MdB.

7. **Arbeitskreis Rundfunk der CDU/CSU**
   Vorsitzender: Dr. Friedrich Zimmermann MdB.

8. **Bundesausschuß für Sozialpolitik**
   Vorsitzender: Josef Stingl;
   stellv. Vorsitzende: Josef Porten; Paul Seiler.

9. **Bundesfachausschuß Sport**
   Vorsitzender: Dr. Hans Evers MdB;
   stellv. Vorsitzende: Dr. Manfred Lepper; Prof. Dr. Emil Schlee.

Arbeitsgruppe „Olympische Spiele": Hans Joachim Körner.

10. **Bundesausschuß für Strukturpolitik:** in Vorbereitung.

11. **Bundesausschuß für Verteidigung**
   Vorsitzender: Dr. Werner Marx MdB;
   stellv. Vorsitzende:
   Hermann Stahlberg, MdB; Volker Starke MdBü.

12. **Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik**
   Vorsitzender: Dr. Manfred Schäfer MdL;
   stellv. Vorsitzender: Dr. Fritz Hellwig.

Unterausschuß „Eigentumspolitik": Prof. Dr. Fritz Burgbacher MdB.
Unterausschuß „Finanzen und Steuern": Dr. Paul Binder.
Unterausschuß „Konjunktur- und Währungspolitik": Dr. Fritz Hellwig.

Unterausschuß „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsrecht":
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf.

Agrarpolitik

Der Bundesausschuß für Agrarpolitik hielt 1970 drei Sitzungen, der Arbeitskreis „Strukturpolitik und Raumordnung" eine Sitzung ab. Im Vordergrund der Beratungen stand die Aussprache über den 2. Entwurf des Berliner Programms. Daneben wurden vor allem Markt- und Preisfragen, Lösungsvorschläge für ein neues Pachtrecht, Probleme des Städtebauförderungsgesetzes beraten.

Ballungsräume

Der Bundesfachausschuß „Ballungsräume" wurde aufgrund eines Beschlusses des Mainzer Parteitages 1969 neu eingerichtet. In dem Beschluß ist die Aufgabe des Ausschusses wie folgt umschrieben: „Aufgaben dieses Ausschusses sollen sein:
a) die Analyse der politischen Situation in den Ballungsräumen,
b) die Entwicklung eines Programms der CDU für die Ballungsräume,
c) Empfehlungen für die Politik der CDU in den Ballungsräumen."
Der neu eingerichtete Fachausschuß trat 1970 dreimal zusammen. Er erarbeitete eine umfassende Stellungnahme zum 2. Entwurf des Berliner Programms und einen Themenkatalog mit einer Festlegung der Prioritäten für die nächsten Sitzungen des Ausschusses.

Gesundheitspolitik

Der Bundesausschuß für Gesundheitspolitik hielt 1970 insgesamt acht Sitzungen ab. Er diskutierte den Entwurf zur Fortschreibung des Berliner Programms ausführlich sowie das NRW-Programm. Sonstige Beratungsthemen waren u. a.: Einsatz der Bundeswehr bei Verkehrsunfällen auf Bundesautobahnen und -straßen, Ausarbeitung von Leitsätzen für die Reform des Krankenhauswesens, Entwurf der Deutschen Krankenhausgesellschaft zur Krankenhausfinanzierung, Probleme des zahnärztlichen Nachwuchses.

Juristen

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen trat zu einer Mitgliederversammlung, zwei Vorstandssitzungen und 21 Sitzungen der Fachkommissionen „Rechts- und Justizpolitik", „Eherecht" und „Strafrechtsreform" zusammen. Der Bundesarbeitskreis wirkte mit bei der Ausarbeitung von Gesetzesinitiativen und Stellungnahmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor allem zu folgenden Problemen: Delikte gegen den Gemeinschaftsfrieden, Amnestie, Verbesserung der Juristenausbildung, Reform des Eherechts, Reform des Strafrechts. Eingehend beriet der Arbeitskreis auch die 2. Fassung des Berliner Programms.

Kulturpolitik

Der Bundeskulturausschuß tagte 1970 sechsmal. Die Tagungen dienten insbesondere der Beratung folgender Themenbereiche: Numerus clausus; Hochschulrahmengesetz; Bildungsbericht der Bundesregierung; Empfehlungen des Bildungsrates und des Wissenschaftsrates; Lehrerbildung; Bildungsfinanzierung; Teil Bildung, Wissenschaft und Forschung des CDU-Programmentwurfs.
Zur Erarbeitung des „Schul- und Hochschulreformprogramms der CDU", das abschließend auf einer bildungspolitischen Klausurtagung am 23. bis 25. Oktober 1970 beraten und beschlossen wurde, waren drei Unterkommissionen eingesetzt zu: Schulpolitik, Hochschulpolitik

sowie Bildungsfinanzierung und Prioritäten. Diese Unterkommissionen tagten insgesamt elfmal. Sie legten Arbeitspapiere zu den drei genannten Themenbereichen vor, die zum „Schul- und Hochschulreformprogramm der CDU" verarbeitet wurden. Dieses Programm soll nach dem Bundesparteitag der CDU im Januar 1971 nach entsprechender Anpassung an den bildungspolitischen Teil des neuen Parteiprogramms als neues bildungspolitisches Programm der CDU veröffentlicht werden. Die Beratungen des BKA zur Bildungsfinanzierung sind noch nicht abgeschlossen.
Seit Beginn des Jahres 1970 hat eine Unterkommission Hochschulrahmengesetz des BKA gemeinsam mit Vertretern des Arbeitskreises VI der CDU/CSU-Fraktion sowie mit Vertretern der CDU-Kultusministerien insgesamt zwölfmal getagt. Ergebnis dieser Beratungen ist der Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes des Bundes, das nach abschließender Beratung im BKA am 11. Januar 1971 der CDU/CSU-Fraktion zur weiteren Beratung und zur Einbringung als Gesetzesinitiative im Bundestag zugeleitet wird.

Öffentlicher Dienst

Der Bundesfachausschuß „Öffentlicher Dienst" hielt 1970 vier Sitzungen ab. Beratungsthemen waren: Einheitliches Öffentliches Dienstrecht, Aus- und Fortbildung im Öffentlichen Dienst, Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Besoldungsrecht, Richterbesoldung, gemeinvermögenswirksame Leistungen für Bundesbeamte und Berufssoldaten, Stellungnahme zum Entwurf der Programmkommission für das Berliner Programm, 2. Fassung.
In vier Sitzungen erarbeitete die Arbeitsgruppe „Einheitliches Öffentliches Dienstrecht" eine Beschlußvorlage für den Bundesfachausschuß. Die Arbeitsgruppe „Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst" beriet als Beschlußvorlage für den Fachausschuß einige Abschnitte des Teils 1 Kapitel 5 des Personalvertretungsgesetzes. Die Arbeitsgruppe „Aus- und Fortbildung im Öffentlichen Dienst" erarbeitete in zwei Sitzungen Thesen, die dem Fachausschuß vorgelegt wurden.

Sozialpolitik

Der Bundesausschuß für Sozialpolitik befaßte sich 1970 in fünf Sitzungen vornehmlich mit der Beratung des sozialpolitischen Teils des Berliner Programms, 2. Fassung. Außerdem wurde ein Arbeitsplan aufgestellt und ein Antrag zum Ladenschlußgesetz beraten.

Sport

Der Bundesfachausschuß „Sport" hielt 1970 sieben Sitzungen ab. Schwerpunktthemen waren:

- Erarbeitung eines Berufsbildes von Sportlehrern und Diplomsportlehrern im Verwaltungsdienst; Fortschreibung des Sportprogramms von 1969; Finanzierung der Olympischen Spiele (Goldmünze); Bundesinstitut für Sportwissenschaft; Stärkere Einbeziehung des Sports in die Entwicklungshilfe; Ausbau der Kontakte zu den Verbänden (2 Gespräche mit Allgem. Deutschen Hochschulsportverband, 1 Gespräch mit Dipl.-Sportlehrern); Vorbereitung und Auswertung der 2. Eichholzer Sportkonferenz; Vorbereitung eines langfristigen Programms zum Schul- und Hochschulsport.

Im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirkung nahm die Sportkonferenz einen besonderen Raum ein. Aktive Sportler, Vertreter der Sport-

verbände, Politiker aller politischen Ebenen und Pressevertreter nahmen teil an der Tagung, die unter dem Thema „Zwei Jahre vor München" stand. In den Referaten und Diskussionen wurden aktuelle und langfristige sportpolitische Probleme erörtert. Im Anschluß daran traf man sich am Abend im Bahnhof Rolandseck auf einem Ball unter dem Motto „Sport und Politik — Pop und Musik".

Verteidigungspolitik

Der Bundesausschuß für Verteidigungspolitik hielt 1970 drei jeweils zweitägige Sitzungen ab. Es wurden vor allem folgende Themen beraten:

Die außen- und verteidigungspolitische Lage; Verteidigungspolitik in der Opposition; Der Moskauer Vertrag, Inhalt und Konsequenzen; Perspektiven der Rüstungsplanung; Truppenreduzierung in den Vorstellungen der NATO und des Warschauer Paktes; Diskussion des Entwurfs für das Berliner Programm, 2. Fassung; Auswirkungen der deutschen Ostpolitik auf das Atlantische Bündnis; Probleme der Europäischen Sicherheit; Reformen in der Bundeswehr.

Wirtschaftspolitik

Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik befaßte sich in sieben Sitzungen, sein geschäftsführender Vorstand in weiteren drei Sitzungen immer wieder mit der Konjunkturlage und den sich aus der Entwicklung ergebenden Konsequenzen. Es wurden dabei u. a. die Möglichkeiten zum Einbau von Regelmechanismen in die Konjunkturpolitik beraten. Weitere Themen waren die Erbschafts- und die Vermögensteuerreform. Neben den Stellungnahmen zur Konjunkturpolitik erarbeitete der Ausschuß eine Stellungnahme zur 2. Fassung des Berliner Programms.

Der Unterausschuß „Konjunktur- und Währungspolitik" erarbeitete u. a. Vorlagen für den Ausschuß zu diesen Themen. Er kam in fünf Sitzungen zusammen.

Der Unterausschuß „Eigentumspolitik" beriet in zwei Sitzungen u. a. über Fragen der Vermögensbildung.

Der Unterausschuß „Finanzen und Steuern" diskutierte in zehn Sitzungen über die Probleme einer Steuerreform. Dabei wurden vor allem die Vermögens- und Erbschaftssteuer, die Gewerbesteuer, die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer behandelt. Auch beriet der Unterausschuß die Richtlinien und Vorstellungen in der EWG zur Steuerharmonisierung im Zusammenhang mit der Steuerreform in der Bundesrepublik.

Analysen und Vorlagen

Neben der sachlichen Vorbereitung und Geschäftsführung für die Führungsgremien und die Bundesfachausschüsse der Partei, der Geschäftsführung für die Programmkommission, der Auswertung der Diskussionsergebnisse wurden im Rahmen der Abteilung Politik der Bundesgeschäftsstelle noch eine Vielzahl von politischen Aktionen und Aktivitäten der Partei vorbereitet. Unter anderem ist hier vor allem die Anfertigung von Rednerdiensten für die Landtagswahlen des Jahres 1970 zu bundespolitischen Themen zu nennen. Besonders bedeutsam waren aber gezielte Vorarbeiten als Grundlagen für politische Aktionen oder Reaktionen der Partei, wie zum Beispiel:

Stellungnahme zur Regierungserklärung vom 28. 10. 1969; „Versprochen – nicht gehalten: 1 Jahr SPD/FDP-Regierung; Analyse des SPD-Parteitags in Saarbrücken; Vergleich zwischen den Entwürfen von CDU/CSU und SPD/FDP für ein Städtebauförderungsgesetz; Zusammenstellung der Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich des Umweltschutzes von 1961 bis 1969; Stellungnahmen zur Mitbestimmung (Biedenkopf-Gutachten, SPD-Entwürfe, DGB-Entwurf, Regierungsentwurf Betriebsverfassungsgesetz); Textentwürfe für Flugblätter (Ost- und Deutschlandpolitik, Wirtschafts- und Preispolitik, Versprochen – nicht gehalten); Analysen des „Bahr-Papiers", des Moskauer Vertrags, des Polen-Vertrags; Dokumentation zum Moskauer Vertrag; Dokumentation zur Situation an den Hochschulen; Stellungnahmen zu den Empfehlungen des Bildungsrates, des Wissenschaftsrates, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und zum Bildungsbericht der Bundesregierung; Vorbereitung eines Entwurfs für ein Hochschulrahmengesetz; Bericht über SPD-Frauen-Konferenz (Oktober 1970); Entwürfe für kleine Anfragen.

Auch wurden im Zusammenhang mit der Arbeit in der Abteilung Politik einige parteieigene Publikumsorgane gestaltet, wie

Frau und Politik,
Der Agrarbrief,
Kulturpolitischer Informationsdienst.

Frauenreferat

Die Frauenreferentin der Bundesgeschäftsstelle ist gleichzeitig Geschäftsführerin der Frauenvereinigung der CDU, wodurch personell und sachlich die Koordination der Frauenarbeit der Bundesgeschäftsstelle und der Frauenvereinigung optimal erreicht ist.

Die Arbeit des letzten Jahres stand auf der Grundlage einer eingehenden Analyse der letzten Bundestagswahl, basierend auf einer Sonderstudie des WIKAS zum Wahlverhalten der Frauen und auf einer eigenen Analyse des Frauenreferates. Das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchungen ist die Tatsache, daß die CDU in Zukunft die Frauen nicht mehr im gleichen Maße wie bisher zu den sicheren Stammwählern zählen kann. Vor allem bei den jungen Frauen und denen mit qualifizierter Bildung ist ein Trend zum Wechselwahlverhalten und sogar zur SPD deutlich festzustellen. Die CDU wird dieser Entwicklung in den nächsten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit schenken.

Diese Studie über den politischen Standort der Frauen wurde ergänzt durch Fragebogenaktionen zur Methode der Frauenarbeit. Es wurden, wie schon nach der Bundestagswahl, bei den Kreis-Frauenvereinigungen Befragungen über die Frauenveranstaltungen in den Landtagswahlkämpfen durchgeführt – Veranstaltungsformen, Themen, Besuch, Werbemittel.

Es stellte sich heraus, daß, entgegen gängigen Meinungen, reine Frauenveranstaltungen – in zeitgemäßer Form – weiterhin ein außerordentlich wirkungsvolles Wahlkampfinstrument sind.

Es wurde eine breite Fragebogenaktion über die Arbeit der Kreis-Frauenvereinigungen im vorpolitischen Raum durchgeführt, die deut-

lich macht, daß Zusammenarbeit und Mitarbeit in den vorpolitischen Frauenverbänden zur Aussprache und als Diskussionsbasis unbedingt erforderlich sind.

Neben diesen Studien und Analysen, die zunächst die Basis für die zukünftige Arbeit legen sollten, beschäftigte sich das Frauenreferat vor allem mit der Organisation zahlreicher Gespräche und Tagungen, u. a.

dem jährlichen Kontaktgespräch mit den deutschen Frauenverbänden, in dessen Mittelpunkt die Frage der sozialen Sicherung der Frau mit besonderem Bezug zur geplanten Ehescheidungsreform stand;
Kontaktgesprächen mit den weiblichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten;
Regionaltreffen der Landesvereinigungen.

Bei der Politischen Akademie Eichholz hat es im vergangenen Jahr mehrere Seminare gegeben, die sich vor allem an die weiblichen Mitglieder richteten, u. a.

ein gesundheitspolitisches Seminar (zu den Themen: Abtreibung, Rauschgift, Krankenhausfinanzierung, Krankenhausversicherungsreform);
ein Seminar zum Problem „Verbraucherschutz" (mit den Themen: Verbraucheraufklärung in Fernsehen und Rundfunk, Warentest und Warensicherheit, Fragen zum Lebensmittel- und Arzneimittelgesetz; Einschränkung der Zigarettenwerbung).

Im Dezember 1970 wurde der verbraucherpolitische Ausschuß bei der Frauenvereinigung neu konstituiert, der sich mit diesem in der modernen Konsumgesellschaft immer wichtiger werdenden Thema intensiv beschäftigen wird.

Zur Erweiterung der Frauenarbeit wird es nötig sein, auch auf Landesebene hauptamtliche oder Teilzeit-Mitarbeiterinnen zu haben. Zur Zeit haben nur die Landesverbände Rheinland, Westfalen, Rheinland-Pfalz, Nord-Württemberg und Berlin eine solche Mitarbeiterin für die Aufgaben der Frauenarbeit.

Dies muß verbunden sein mit einer klaren Definition der Zielbereiche ihrer Arbeit und der Frauenarbeit allgemein. Hier bieten sich vor allem die Bereiche an, die bisher von der Partei weniger beachtet werden, aber immer mehr an politischer Bedeutung gewinnen und gleichzeitig von besonderem Interesse für die Frauen sind, vor allem

Gesundheitspolitik im umfassenden Sinn
Verbraucherschutz und
die Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft.

Geplant ist ferner, die Publikationen des Frauenreferats zu verstärken und über die bisherigen Informationsorgane „Frau und Politik" und „Kontaktbrief" hinaus, deren Streuung vergrößert werden soll, u. a. einen verbraucherpolitischen Informationsdienst und eine in unregelmäßiger Form erscheinende Dokumentations-Reihe zu wichtigen Frauenthemen herauszubringen.

Zu den Aufgaben des Frauenreferats der Bundesgeschäftsstelle gehört auch die Geschäftsführung der Europäischen Frauen-Union (EFU). Die Frauenreferentin in der Bundesgeschäftsstelle, Fräulein Marlene Lenz, ist gleichzeitig Generalsekretärin dieser Vereinigung.

Im Bereich der Abteilung Politik wurden schließlich auch die Arbeiten des Justitiariats vollzogen. Dazu gehörten ständige juristische Beratung des Generalsekretärs, des Bundesgeschäftsführers und aller Organe der Partei, Erarbeitung einer Vielzahl von juristischen Gutachten für die Bundesgeschäftsstelle, die Stiftung Versorgungswerk, die Vereinigungen. Das Justitiariat stand auch den Landesverbänden, den Kreisverbänden und den Vereinigungen der Partei zur ständigen Beratung zur Verfügung.

Im Justitiariat lag auch im Jahre 1970 die Geschäftsführung für das Bundesparteigericht. Es wurde der Entwurf einer neuen Parteischiedsgerichtsordnung erarbeitet sowie zwei Arbeitstagungen vorbereitet, an denen die Mitglieder des Bundesparteigerichts und die Vorsitzenden der Landesparteigerichte teilnahmen.

Es fanden zwei Sitzungen des Bundesparteigerichtes statt, in denen vier anhängige Parteigerichtsverfahren erledigt wurden.

Prozesse

Von besonderer politischer Bedeutung war die Bearbeitung von zwei politischen Prozessen, die von der Bundespartei im Jahre 1970 geführt werden mußten.

Am 3. Juni 1970 wurde durch eine dpa-Mitteilung bekannt, daß der Vorsitzende der SPD und Bundeskanzler Willy Brandt am 3. Juni 1970 in Bielefeld der CDU/CSU-Opposition vorgeworfen hatte, sie habe noch vor den Landtagswahlen des 14. Juni wilde Streiks provozieren wollen. Nachdem Bundeskanzler Brandt zu einem Widerruf nicht bereit war, hat die CDU gegen ihn am 9. Juni 1970 vor dem Landgericht Bonn Klage erhoben. Am 16. Oktober 1970 wurde ein Vergleich geschlossen, in dem Bundeskanzler Brandt seine Behauptung zurücknahm.

Ein weiterer, bedeutsamer Prozeß fand ebenfalls vor dem Landgericht in Bonn statt. Diesmal war es nicht der Chef der Regierung, sondern der Chef der SPD-Fraktion, der von der CDU verklagt wurde. Wehner hatte in einem Rundfunk-Interview über die Mitbestimmungsfrage Hans Katzer als Betrüger charakterisiert. Nachdem Wehner es ablehnte, seine Äußerung zurückzunehmen, erhob Katzer vor dem Landgericht Klage. Das Gericht gab dem Klageantrag in vollem Umfang statt und verbot Wehner, Katzer als Betrüger und Gauner zu bezeichnen.

Abteilung Information/ Dokumentation

Die Aufgabe der Opposition ist nicht durchzuführen, ohne eine Bewältigung der Informationsprobleme. Niemand zweifelt heute mehr daran, daß der Erfolg politischen Handelns davon abhängt, richtige Entscheidungen aufgrund richtiger Informationen zu treffen. Beschaffung und Auswertung von Information ist heute kein einschichtiger Vorgang mehr, sondern bedarf eines erheblichen Aufwandes. Dabei genügt es nicht, an dem Nachrichtenmaterial zu partizipieren, das jedem über die Agenturen zugänglich ist. Für die spezifische Parteiarbeit notwendige Informationen müssen in geeigneter Form gesammelt, ausgewertet und weitergeleitet werden. Die CDU in der Opposition ist von den Informationsflüssen und Aufbereitungsmöglichkeiten der Regierung nahezu völlig abgeschnitten. Die CDU als Oppositionspartei kann auch nicht erwarten — und die Praxis hat diese Erkenntnis eindrucksvoll bestätigt —, daß die Regierung ihr über ihren Nachrichten- und Informationsapparat die notwendigen Materialien zukommen ließe.

Es war also nötig, in den vergangenen Monaten die Grundlagen für ein eigenes Informationssystem zu legen. Deshalb wurde in der Bundesgeschäftsstelle eine Abteilung Information/Dokumentation eingerichtet.

Diese Abteilung besteht seit dem 1. Juni 1970. Die Arbeitsgruppe Aktuelle Information mußte organisatorisch und personell vollständig neu aufgebaut werden (am 1. Juni 1970 bestand sie aus zwei Mitarbeitern). Die Arbeitsgruppe Dokumentation mußte organisatorisch und personell verstärkt werden, nachdem die Anforderungen durch die Oppositionsrolle der Partei von Monat zu Monat beträchtlich gestiegen sind.

Zur Aufgabe der Informationsabteilung gehört es zunächst, die ständige Information der Parteigremien sicherzustellen.

Als Führungsgremien, für die das nachfolgend im einzelnen dargestellte neu aufgebaute Informationssystem geschaffen wurde, gelten:

Präsidium
Bundesvorstand
Landesverbände (Vorsitzende, Geschäftsführer)
Vereinigungen (Vorsitzende und Geschäftsführer)
Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen (Vorsitzende und Geschäftsführer)
Bundestagsfraktion
Führungsgruppe der Bundesgeschäftsstelle
Abteilungen der Bundesgeschäftsstelle.

Zur Zeit werden folgende Informationsdienste hergestellt:

Informationsdienste

Presseschau-rot — montags bis freitags täglich bis 8.15 Uhr eine Zusammenstellung der wichtigsten Berichte und Kommentare der großen deutschen Tageszeitungen.

PRESSEREFERENT | PERSÖNL. REFERENT

GENERALSEKRETÄR

OPERATIVE PLANUNG
Informationssteuerung
Führung
Managementberatung
Problem-Finding

SPRECHER DER PARTEI

PERSÖNL. REFERENT

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRER

Abt. I: Innere Verwaltung

Gruppe I: Haushalt, Personal
Haushalt
Personal
Kasse
Buchhaltung

Gruppe II: Innere Verwalt.
Post, Versand
Fahrbereitschaft
Inventar u. Materialverwaltung

Gruppe III: TechnischeDienste
Telefon
Fernschreiber
Film, Ton
Adrema
Vervielfältigung

Abt. II: Personalplanung

Gruppe I: Planung, Steuerung
Beobachtung, Steuerung
Betreuung, Kontakte
Nachwuchsplanung
Fortbildung
Förderung

Gruppe II: Mitgliederkartei
Zentralkartei

Abt. III: Organisation

Gruppe I: Wahlkampfteam
Planung
Publikationen, Streuung
Rednereinsatz
Veranstaltungen

Gruppe II: Planung, Org. u. Veranst. d. Partei
Planung, Personaleinsatz
Ablaufsteuerung

Gruppe III: Org. Steuerung und Überwachung
Innensteuerung
Außensteuerung
Erfolgskontrolle

Abt. IV: Politik

Gruppe I: Planung,
Trendbeobachtung
Langfristige Planung
Allg. polit. Grundsatzfragen

Gruppe II: Rechtspolitik
Verfassungspolitik
Rechtspolitik
Justitiar

Gruppe III: Innenpolitik
Innenpolitik
Sport

Gruppe IV: Wirtschaft, Finanzen
Wirtschaftspolitik
Finanzpolitik
Eigentumspolitik
Agrarpolitik
Raumordnung, Verkehr

Gruppe V: Gesellschaftspolitik
Gesellschaftspolitik
Sozialpolitik
Gesundheitspolitik

Gruppe VI: Außen- u. Deutschlandpolitik
Außen-Entwicklungspolitik
Deutschland-Ostpolitik
Verteidigungspolitik

Gruppe VII: Bildung
Bildung (Schulpolitik)
Bildung (Hochschulpolitik)
Jugend

Gruppe VIII: Frauen

Abt. V: Öffentlichkeitsarb.

Gruppe I: Planung Gestaltung, Vertrieb
Planung
Koordination
Gestaltung
Produktionsüberwachung
Vertrieb
Erfolgskontrolle

Gruppe II: Kontakte
Erfassung der Verbände
Kommunikation zu Verbänden
Besond. Kontaktaufgaben (Inl.)
Besond. Kontaktaufgaben (Ausl.)

Gruppe III: Mitglieder-werbung und Betreuung
Planung, Strategie
Steuerung der Werbung
Mitgliederbetreuung

Abt. VI: Information

Gruppe I: Information
Sammlung
Auswertung
Steuerung

Gruppe II: Dokumentation
Archiv

Abt. VII: Presse, Rundf., Fernsehen

Gruppe I: Zentralredaktion aller CDU-Presseorgane
Deutsches Monatsblatt
Deutschland-Union-Dienst
Union in Deutschland
Weitere Dienste

Gruppe II: Rundfunk, Fernsehen, Publizistik
Fernsehen
Rundfunk
Publizistik, Pressewesen

Geschäftsführung Union der Vertriebenen und Flüchtlinge Deutschlandbüro der CDU in Bonn Kontakt-Kuratorium Unteilbares Deutschland

Presseschau-grün – montags bis freitags täglich gegen 12 Uhr Berichte und Kommentare der Regionalpresse über die politischen Vorgänge in den Bundesländern.
Für diese beiden Presseübersichten werden rund 70 Tageszeitungen ausgewertet.

Presseschau-blau – jeden Donnerstag die wichtigsten politischen Artikel der Wochenzeitungen und der Illustrierten.

Presseschau-orange – zu besonderen Ereignissen (wichtigen Bundestagsdebatten, Parteikongressen, Wahlen, Abschluß von außenpolitischen Verträgen, einschneidenden wirtschaftlichen Vorgängen usw.) gibt diese Presseschau eine detaillierte Übersicht der Kommentare und Berichte.
Die Presseschauen rot und blau werden neben dem Präsidium, den Vereinigungen, der Konrad-Adenauer-Stiftung und einigen Landesverbänden auch allen Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zugestellt. Die Presseschau-grün geht an das Präsidium und verschiedene Landesverbände, die sie bestellen können. Der Verteiler der Presseschau-orange ist je nach Art des politischen Vorganges unterschiedlich.

Diese Woche im Bundestag
Dieser Dienst erscheint einmal wöchentlich in den Parlamentswochen und bringt in erster Linie Informationen aus der Arbeit der CDU/CSU-Fraktion; er enthält außerdem Dokumentationen wie Wortlaute von Reden, Entschließungen usw. Verteiler: Mitglieder des Bundesvorstandes, die nicht dem Bundestag angehören, Landesverbände, Vereinigungen, Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Informationen aus Presse, Hörfunk und Fernsehen
Der Dienst erscheint alle acht bis zehn Tage und faßt wichtige Meldungen aus dem Bereich Presse, Hörfunk und Fernsehen zusammen. Verteiler: Präsidium, Bundesvorstand, Landesverbände, Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Vereinigungen.

Tagesdienst I–III
Der Dienst erscheint dreimal täglich (10 – 13 – 16 Uhr) für die Bundesgeschäftsstelle; er enthält die jeweils wichtigsten aktuellen Nachrichten, außerdem die Wortlaute wichtiger Reden, Entschließungen usw. der Bundestagsfraktion, der Bundesregierung und der anderen Parteien.
Die Mitglieder des Präsidiums und des Bundesvorstandes, die nicht dem Bundestag angehören, Landesverbände, Vereinigungen, Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen erhalten zusätzlich, zeitweise mehrfach in der Woche, die Wortlaute von Beschlüssen der Parteigremien, Dokumente zu wichtigen politischen Vorgängen etc. Beschlüsse von besonderer Bedeutung werden sofort per Fernschreiber übermittelt.
Für den Wahlkampf in Hessen hat die Arbeitsgruppe I vom 15. Oktober bis 5. November 1970 jeden zweiten Tag einen Informationsdienst herausgegeben, der an 600 Adressaten ging, die vom Landesverband

benannt worden waren. Dieser Dienst umfaßte jeweils vier bis fünf Seiten mit Informationen, außerdem als Beilage Dokumentationen u. ä. sowie Hinweise des Landesverbandes.

Dokumentationen

Im Jahr 1970 wurden u. a. folgende Dokumentationen hergestellt:

Potsdamer Abkommen – 25. Jahrestag. Erklärungen, Stellungnahmen und Kommentare

Echo der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und dem Saarland am 14. Juni 1970

Presseecho auf die Veröffentlichung des Programmentwurfs (Fortschreibung des Berliner Programms) 22. Juni 1970

Berichte und Kommentare der überregionalen Zeitungen über die Haltung der CDU/CSU zu den Vertragsverhandlungen in Moskau

Äußerungen zur Anerkennung der DDR von Herbert Wehner

Dokumente zum vorgesehenen Vertragsabschluß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion

Ostpolitik der SPD von 1945–1970

Deutsch-sowjetischer Vertrag vom 12. August 1970

Deutsch-polnisches Verhältnis (1945–1970)

Dokumentation zur Neugliederung des Bundesgebietes

Europäische Raumordnungskonferenz – Berichte und Kommentare der überregionalen und regionalen Presse vom 10.–12. September 1970

Dokumente und Zitate für die Auseinandersetzung mit der SPD/FDP-Koalition in der Konjunkturpolitik

Material über die im Jahre 1966, insbesondere vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli betriebene Krisenpropaganda der Sozialdemokratischen Partei

Stimmen zur konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik

Politische Informationen im Hörfunk – Wann und wo?

Entwicklung und Bedeutung der „National Liberalen Aktion" (NLA) in den Bundesländern

Der Pompidou-Besuch in Moskau

Ein Jahr danach – Brandt/Scheel – Pressekonferenz am 23. Oktober 1970

Ein Jahr Regierung Brandt/Scheel im Spiegel ausländischer Rundfunk- und Pressekommentare

Landtagswahlen in Hessen – Ergebnisse, Berichte, Kommentare

Landtagswahlen in Bayern

Die Haltung der deutschen Presse zum deutsch-polnischen Vertrag

Zitaten-Zusammenstellung; Die Regierungskoalition über die Opposition 1970

SPD-Angriffe auf die CDU/CSU-Opposition in Zitaten

Deutscher Juristentag vom 23.–26. September 1970 in Mainz

Kontroversen Opposition – Regierung Januar–Oktober 1970

Sportkonferenz der CDU am 13. Oktober 1970

SPD-Zitate aus dem Jahre 1970 über angebliche Rechtstendenzen in der CDU

Archiv

Bestand des Archivs:

a) Sacharchiv	2 600	Leitzordner
Zuwachs im Berichtszeitraum	375	Leitzordner
b) Personenarchiv	886	Leitzordner
Zuwachs im Berichtszeitraum etwa	100	Leitzordner
c) Deutsche Tages- und Wochenzeitungen sowie ausländische Zeitungen	95	Leitzordner
d) Pressedienste und politische Magazine Verwahrungsdauer im Durchschnitt ein Jahr, alle parteipolitischen Dienste ständig	140	Leitzordner
e) Periodische Zeitschriften Verwahrungsdauer ständig	27	Leitzordner
f) Bundestagsdrucksachen (seit 1949) Bundesratsdrucksachen (für die Dauer von drei Jahren) Landtagsdrucksachen (unterschiedlicher Umfang der Bestände)		
g) Bücherei, Bestand rund	9 000	Bände
Zuwachs im Berichtszeitraum	300	Bände

Auswertung für das Archiv

a) Tageszeitungen	30
b) Wochenzeitungen und Magazine	15
c) Pressedienste regelmäßig	25
gezielt etwa	50
d) Material der Deutschen Presse-Agentur	fortlaufend
e) Täglicher Anfall von Ausschnitten einschließlich Verweisungen auf Bundestagsprotokolle, Zeitschriftenartikel und Buchveröffentlichungen etwa	400

Presseabteilung

Während die Informationsabteilung der Sammlung, Auswertung und Weiterleitung von Informationen für die Partei dient, müssen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die politischen Ziele und Aktionen der Partei nach außen verdeutlichen.

Sprecher der Partei

Der Leiter der Presseabteilung ist in Personalunion der Sprecher der CDU. Er hat gegenüber der in Bonn akkreditieren Presse, gegenüber den Zeitungen und Zeitschriften ganz allgemein und gegenüber den Rundfunk- und Fernsehanstalten die Meinung der CDU zu artikulieren und ihnen diese Meinung durch sachkundige Interpreten zu vermitteln. Das ist im vergangenen Jahr vor allem durch folgende Maßnahmen geschehen:

durch geschriebene, in die Pressehäuser verteilte Sprechererklärungen. Es wurden 108 solcher Erklärungen abgegeben;

durch Artikel des Sprechers im „Deutschland-Union-Dienst". Es sind ca. 20 solcher Artikel erschienen;

durch telefonische, zum Teil auch fernschriftliche Sprechererklärungen gegenüber den Nachrichtenagenturen sowie gegenüber anfragenden Rundfunkanstalt und Zeitungsredaktionen;

durch Gespräche mit Journalisten. Sie wurden im Frühjahr aufgenommen und regelmäßig durchgeführt. Der Sprecher trifft sich im Durch-

schnitt pro Woche mit acht Mitgliedern der Bundespressekonferenz zu intensiven Gesprächen;
durch Pressekonferenzen. Wo die Partei durch ihre Repräsentanten Pressekonferenzen gegeben hat, wurden sie vom Sprecher der CDU geleitet, einberufen und nachgearbeitet. Hier sind auch die von Zeit zu Zeit stattfindenden Kontaktgespräche zu erwähnen, die der Sprecher der CDU für den Parteivorsitzenden oder für den Generalsekretär arrangiert;
durch Besuche bei wichtigen Persönlichkeiten der deutschen Publizistik.

Parteieigene Publikationen

Die Periodika der Bundesgeschäftsstelle werden zur Zeit neu geordnet.
a) Der „Deutschland-Union-Dienst" als täglich erscheinender Pressedienst wurde inhaltlich gestrafft. Er wird Anfang 1971 ein neues Layout bekommen und redaktionell noch intensiver gefaßt werden. An seiner Aufgabenstellung ändert sich nichts. Der „Deutschland-Union-Dienst" ist der meistzitierte Partei-Dienst in Bonn. In manchen Monaten wurde er über dpa täglich in mehreren Zusammenhängen zitiert, das heißt: manche Ausgaben wurden mit mehreren Beiträgen weiterverbreitet.
b) „Union in Deutschland". Der „UiD" soll in einen Informationsdienst umgewandelt werden.
c) Das „Deutsche Monatsblatt". In der redaktionellen wie typografischen Gestaltung der auflagenstärksten und zugleich auch umstrittensten CDU-Publikation wurde ein grundlegender Wandel geschaffen. Das Ziel: im „Deutschen Monatsblatt" soll 1971 ein Zeitungstyp verwirklicht werden, der sich neben den bestehenden großen Wochenzeitungen sehen lassen kann. Für das „Deutsche Monatsblatt" wurden etwa zwei Dutzend erstklassige, bekannte Journalisten zur ständigen Mitarbeit gewonnen. Redaktionell ist die Zeitung vorerst noch ein unter der Erstverantwortung des Leiters der Presseabteilung stehendes Gemeinschaftswerk aller Mitglieder der Abteilung.
Die Presseabteilung war an beinahe allen Landesparteitagen des Jahres 1970 vertreten. Im November wurde eine ganztägige Zusammenkunft zwischen den Mitgliedern der Presseabteilung in der Bundesgeschäftsstelle und den Leitern der Pressestellen bei den Landesparteien durchgeführt. Seither findet — wöchentlich einmal — ein informativer telefonischer Kontakt zwischen Bonn und den Landesverbänden über aktuelle Probleme und Fragen der Pressepolitik statt.
Um die Politik der CDU auch für ausländische Publikationsorgane präsent zu machen, soll ein Auslandspressedienst geschaffen werden, der in mehreren Sprachen erscheint.
Darüber hinaus wird die Presseabteilung in Zusammenarbeit mit der Fraktion Mitte des Jahres einen Spezialpressedienst für Schülerzeitungen herausgeben.

Rundfunk Fernsehen

In den Aufgabenbereichen der Presseabteilung fällt auch die Rundfunk- und Fernseharbeit, die von der Gruppe Rundfunk wahrgenommen wird. Hierbei stehen drei wesentliche Aufgaben im Vordergrund: Information, Koordination und Geschäftsführung der rundfunkpolitischen Gremien der CDU, Betreuung der CDU-Mitglieder in den Gremien der Anstalten und regelmäßige Kontakte mit Intendanten und Redakteuren der Anstalten.
Die CDU hat sich zwei rundfunkpolitische Gremien geschaffen, in

denen eine rundfunkpolitische Konzeption erarbeitet wird und alle aktuellen Fragen erörtert werden.
Der Arbeitskreis Rundfunk der CDU/CSU traf sich unter dem Vorsitz von Dr. Zimmermann am 17. April 1970 zu einer Sitzung in Bonn, auf der u. a. die Rundfunksituation im Südwesten und Personalfragen des Zweiten Deutschen Fernsehens behandelt wurden.
Es wurde beschlossen, künftig Mitglieder aus den Ländern und sonstige Sachverständige zu den Beratungen heranzuziehen.
Auf eine Anregung Dr. Helmut Kohls wurde ein Kreis geschaffen, der sich aus leitenden Rundfunkmitarbeitern aller ARD-Anstalten und des ZDF zusammensetzt. Er hat die Funktion eines sachkundigen Beraterkreieses für die rundfunkpolitische Arbeit der CDU/CSU.
Am 1. Dezember 1970 wurde in Mainz ein Papier zur Frage von Redaktionsstatuten unter der Bezeichnung „Leitsätze zur Frage der inneren Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland" beraten und verabschiedet und allgemeine rundfunkpolitische Fragen erörtert.
In den letzten Wochen des Jahres 1970 haben die Vorarbeiten für einen – von allen Rundfunkjournalisten dringlich gewünschten – „Funk-Dienst" begonnen, der von der Presseabteilung demnächst herausgebracht werden soll.
Die rundfunkpolitische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle litt im Berichtsjahr noch erheblich unter organisatorischen und personellen Schwierigkeiten. Hinzu kamen Koordinierungsschwierigkeiten innerhalb der Partei, die nicht zuletzt durch die föderalistische Struktur des Rundfunkwesens bedingt wurden. Schließlich verlangt die Oppositionsrolle der CDU eine neue rundfunkpolitische Konzeption und Strategie ebenso wie ein neues Instrumentarium der Rundfunkarbeit.
Inzwischen ist der Entwurf eines rundfunkpolitischen Aktionsprogrammes erstellt worden, das den rundfunkpolitischen Gremien der Partei zur Erörterung und Beschlußfassung vorgelegt und nach Abschluß des organisatorischen und personellen Ausbaus mit Nachdruck durchgeführt werden soll.

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Für eine moderne Partei ist die Öffentlichkeitsarbeit einer permanente Aufgabe. Da die Partei sich jederzeit der öffentlichen Kritik stellen muß, hat sie dafür zu sorgen, daß ihr Bild in der Öffentlichkeit positiv ist. Unter den Gegebenheiten unserer derzeitigen Oppositionsrolle sind die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit in großem Ausmaß angewachsen. Wir müssen heute – um für unsere Politik zu werben, für unsere Meinung Verständnis zu wecken und um das Image einer modernen, dynamischen Partei zu vermitteln – praktisch eine Lücke füllen, in der vormals unverhältnismäßig mehr Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung standen. Wir müssen mit neuartigen Methoden neue und bisher von uns kaum erreichte Gebiete zu durchdringen versuchen. Die Tatsache, daß wir praktisch in einem permanenten Wahlkampf stehen, macht die Verpflichtungen der Öffentlichkeitsarbeit noch bedeutungsvoller. Ziel dieser Arbeit der Bundesgeschäftsstelle muß es sein, auf dem Sektor der Kommunikation daran mitzuwirken, das Vertrauen der Öffentlichkeit zur CDU als der besseren Partei
– zu stärken, wo es besteht,

– wiederherzustellen, wo es verloren gegangen ist,
– neu zu gewinnen bei Erstwählern.

Dieser Verpflichtung können wir nur gerecht werden, wenn wir der fühlbaren Mithilfe aller Mandatsträger sicher sein können und wenn sich die Einsicht in die Wichtigkeit einer breit angelegten PR-Arbeit mehr als bisher durchsetzt.

Zu Beginn des Jahres 1970 war die Öffentlichkeitsarbeit neben dem Referat Werbung noch Bestandteil der Abteilung I, Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung.

Dieser Zustand änderte sich am 1. Juni 1970, als der neue Organisationsplan in Kraft trat und die Öffentlichkeitsarbeit in eine nun selbständige Abteilung konzentriert wurde, allerdings nach wie vor in beängstigender personeller Unterbesetzung.

Die Tätigkeit der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit erstreckt sich zur Zeit auf folgende Arbeitsgebiete:

a) Beschaffung und Versand von diversem Schriftenmaterial.

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit führt einen Schriftenkatalog mit ca. 90 Titeln. Jeder Kreisverband und darüber hinaus eine Reihe besonderer Interessenten (Junge Union, Ortsverbände u. a.) haben ein Exemplar dieses Schriftenkatalogs. Die Einlegseiten mit den sich ändernden Titeln werden ca. alle vier Monate erneuert. Im Jahr 1970 wurden mehr als 250 000 Exemplare versandt. Nicht eingerechnet sind hier die Druckschriften, die über Verteiler an alle Landes- und Kreisverbände geschickt werden.

b) Korrespondenz zu allgemeinen politischen Fragen.

Im Zeitraum des Berichtes mußten etwa 12 000 Anfragen beantwortet werden. Dabei handelt es sich oftmals um beitrittswillige CDU-Anhänger, die um Übersendung von Informationsmaterial baten.

Veröffentlichungen

c) Grafik, Druckvergabe, Drucküberwachung aller nichtperiodischen Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle.

Bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit erfolgen Grafik, Druckvergabe und Drucküberwachung aller nichtperiodischen Veröffentlichungen der Bundesgeschäftsstelle. Außerdem liegt hier die redaktionelle Verantwortung für die vom UNION-Verlag für die Partei herausgegebenen CDU-Publikationen.

1970 wurden u. a. folgende Publikation zusammengestellt und redigiert:

– Protokoll des CDU-Bundesparteitages 1969
– Die CDU stellt sich vor
– Geschichte – Idee – Programm – Statut
– CDU-Dokumentation 2. Auflage Mai 1970
  (Gründung und Programmgeschichte der CDU)
– CDU-Statut und Finanzordnung, Stand März 1970
– CDU-Rednerdienste
  Nr. 1 Februar 1970
  Nr. 2 Mai 1970
  Nr. 3 September 1970
  Nr. 4 Oktober 1970

Der Rednerdienst Mai 1970 wurde speziell für die Landtagswahlkämpfe in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Saarland hergestellt und entsprechend gestreut.

Die Rednerdienste von September und Oktober wurden speziell für Hessen hergestellt.

Von allen Rednerdiensten wurden allen Landes- und Kreisverbänden Exemplare zur Verfügung gestellt.
In Zusammenhang mit der Beratung des Berliner Programms, 2. Fassung, wurde von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Druck der Entwürfe veranlaßt. Die Streuung an alle Mitglieder erfolgte als Beilage zum Deutschen Monatsblatt Juli 1970. Gesamtauflage des 1. Entwurfs: 400 000.
Der vom Bundesvorstand Ende November aufgrund eingegangener Stellungnahmen verabschiedete neue Entwurf wurde in einer Auflage von 120 000 Stück zur Verteilung in Landes- und Kreisverbänden sowie in der interessierten Öffentlichkeit gedruckt. Alle Mitglieder erhielten den Text wieder durch das Deutsche Monatsblatt, das diesen Entwurf in seinem redaktionellen Teil verbreitete.
Aufgrund eines Beschlusses der Landesgeschäftsführerkonferenz wurde von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Text einer neuen Broschüre erarbeitet, die für neueingetretene CDU-Mitglieder bestimmt ist. Diese Broschüre mit dem Titel „Ich bin Mitglied der CDU" befindet sich zur Zeit im Druck.

Flugblätter

Zur Arbeit der Abteilung gehört auch die Gestaltung von Flugblättern, die in hoher Auflage hergestellt werden. So wurde z. B. auf der Grundlage des von der Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurfs für die Einführung des Produktivlohns ein Flugblatt „Vermögensbildung" erarbeitet, das in einer Gesamtauflage von 1 Million gedruckt wurde. Insbesondere für den hessischen Landtagswahlkampf hat die Abteilung verstärkt Material zur Verfügung gestellt:
3 Flugblätter mit einer Gesamtauflage von 1,5 Mio. wurden hergestellt.
Im Rahmen der Aufklärungsaktion der CDU zum deutsch-sowjetischen Vertrag wurden von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit folgende Druckunterlagen produziert und gestreut:

- Eine 62seitige „Dokumentation zum Vertrag vom 12. August 1970"
- Ein Rednerdienst zum deutsch-sowjetischen Vertrag
- Ein vervielfältigter Fragen- und Antwortenkatalog (Argumente-Katalog)
- Eine Handreichung (Handlungsanweisung, wie das Material zu verwenden ist).

Die Wandzeitungen werden in drei verschiedenen Größen hergestellt. Sie erfreuen sich ständig steigender Nachfrage. Ihr textlicher Inhalt wird jeweils in einer gemeinsamen Besprechung mit Mitarbeitern der Abteilung Politik, dem Graphiker und der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet.

Wandzeitungen

Die Wandzeitungen der Bundesgeschäftsstelle behandelten im Jahre 1970 vor allem die Themen: Deutschlandpolitik, Wirtschaftspolitik, Mitgliederwerbung, Innere Reform, Eigentum, Bildung.
d) Für die verschiedenen Landtagswahlkämpfe stand die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit einzelnen Landesverbänden zur werblichen Beratung zur Verfügung. Außerdem wurden Drucksachen als Wahlkampfhilfe produziert und zur Verfügung gestellt.

PR-Aktionen

Allen CDU-Bundestagsabgeordneten sowie einer Reihe weiterer CDU-Politiker wurde ein Fragebogen zugeschickt, der von den meisten beantwortet zurückgeschickt wurde. Diese Informationen sollen die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit in die Lage versetzen, gezielte Werbemaßnahmen durchzuführen. Anhand dieser Kartei können Anfragen

von Verbänden, Zeitungen etc. nach bekannten CDU-Mitgliedern mit PR-trächtigen Hobbies etc. sofort beantwortet werden. Die Kartei, die regelmäßig erneuert und erweitert wird, dient außerdem besonderen PR-Aktionen.

Anhand eines Rundschreibens an 300 erfaßte Publikationen zur Feststellung des Interesses an laufender Belieferung mit Meldungen aus dem Parteileben ist ermittelt worden, daß von allen Adressaten mehr Information auf diesem Sektor dringend erwünscht ist. Es wird zur Zeit geprüft, ob ein regelmäßiger Feature-Dienst an diese und ähnliche Interessenten von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit verbreitet werden kann.
In verschiedenen Anzeigen ist versucht worden, entweder in der grafischen Aufmachung oder im Text das zeitgemäße Image der CDU zu betonen. Solche Anzeigen erschienen in der Zeitschrift „Der Journalist", in der Festschrift zum Kongreß der Polizeigewerkschaft, in der Festschrift des Bahnhofs Rolandseck und im Almanach zum Presseball.
In der Sommerpause des Parlaments wurde versucht, mit Hilfe einer Präsenz- und Ereignisliste die „Saure-Gurken-Zeit" für die CDU mit gezielter PR-Arbeit zu überbrücken.
Es erfolgte eine Absprache mit Agenturen zur Übernahme von Namensartikeln bekannter CDU-Politiker. Außerdem wurden Namensartikel in bestimmten Zeitungen untergebracht.
Kontakte zu Illustrierten wurden für eine Placierung von Reportagen benutzt, die mit der Darstellung der CDU zu tun haben.

Aktionen in Vorbereitung

Für die Zukunft sind von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit folgende PR-Maßnahmen in Vorbereitung bzw. bereits in Angriff genommen worden:

1. **PR-Brief,** der in regelmäßigen Abständen den Gliederungen der Partei zugestellt werden und Anregungen für eine kontinuierliche und einheitliche Öffentlichkeitsarbeit vermitteln soll.
2. **PR-Pressedienst** für Zeitschriften, Periodika und sonstige Publikationen, mit Nachrichten, Reportagen, Personalien und Sachthemen.
3. **Broschüren** in regelmäßigen Abständen mit den Schwerpunkten: Popularisierung des Berliner Programms, Image-Pflege, Sympathie-Werbung, Geschichte der CDU.
4. **Aufbau eines modernen Foto-Archivs** mit action-fotos der führenden Mitglieder.
5. **Vermittlung von Namensartikeln** an Fachzeitschriften.
6. **Flankierende PR-Maßnahmen** bei besonderen Ereignissen und bei besonderen Gelegenheiten von politischer, tagesaktueller oder historischer Bedeutung.
8. **PR-Kampagnen** ohne tagesaktuellen Bezug, mit langfristige geplanten Aussagen und Maßnahmen.

In- und Auslandskontakte

Die Gruppe Kontakte In- und Ausland der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ist seit August bzw. Oktober besetzt. Die Tätigkeit besteht zunächst darin, bestehende Kontakte systematisch zu erfassen und neue Kontakte mit verschiedenen Institutionen herzustellen. Dabei sind die Kontakte Inland – soweit sie nicht vom Gewerkschaftsreferenten wahr-

genommen werden – zunächst nur karteimäßig berücksichtigt worden, da hier eine Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zu anderen Abteilungen noch aussteht.
Als besonders notwendig erwies sich zunächst die Organisierung der Auslandsarbeit. Auf diesem Sektor ist bisher folgendes getan worden:
Karteimäßige Erfassung aller wichtigen Anschriften für Auslandskontakte sowohl in Bonn als auch im Ausland (Botschaften, Bundesregierung, Verwaltungsstellen, Internationale Organisationen, Stiftungen etc.).
Organisation und Planung des Aufenthaltes von ausländischen Gruppen befreundeter Parteien (z. B. Gruppe von Agrarexperten der Conservatives von Großbritannien).
Betreuung von ausländischen Gästen (Journalisten und sonstigen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens) der Bundesregierung; diese Gäste werden von Inter Nationes an uns vermittelt.
Sie werden nach Herkunftsland, Beruf und besonderen Interessen ebenfalls in der Auslandskartei erfaßt, um ihnen später gezielte Informationen der CDU zukommen zu lassen. Diese Kartei könnte unter Umständen auch dazu dienen, bei Auslandsreisen von Mitgliedern der CDU Kontakte zu vermitteln.
Kontaktaufnahme zu ausländischen Botschaften und Vertretungen in Bonn.
Diese Maßnahme dient dazu, die ausländischen Vertretungen auf Wunsch mit entsprechendem Schriftenmaterial der CDU zu versorgen. Diese Kontaktaufnahme wurde allgemein in den ausländischen Vertretungen sehr begrüßt und soll in Zukunft noch mehr intensiviert werden.
Korrespondenz mit ausländischen Interessenten der CDU, soweit allgemeiner Art.
Mithilfe bei Protokoll-Fragen.

Abteilung Organisation

Die Abteilung Organisation erhielt im Rahmen der Neustrukturierung der Bundesgeschäftsstelle eine veränderte Aufgabenstellung. Das bedingte auch eine Neubesetzung der Abteilung, die noch nicht abgeschlossen ist.

Die Abteilung hat drei Aufgabengebiete:

1. Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen,
2. Planung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen der Partei und Tagungen ihrer Gremien,
3. Analytische Bestandsaufnahme von Struktur und Arbeitsablauf der Parteiorganisation und laufende Anpassung dieser Strukturen an optimale Möglichkeiten.

Landtagswahlkämpfe

Einer der Schwerpunkte der Arbeit war vorgegeben durch die Massierung von 5 Landtagswahlkämpfen innerhalb eines Jahres, an denen die Bundesgeschäftsstelle organisatorisch mitbeteiligt war. Darüber hinaus laufen bereits seit Ende des vorigen Jahres die Vorbereitungen für den Einsatz bei den drei in Kürze stattfindenden Wahlkämpfen in Berlin, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.

Mit den Landesverbänden wird rechtzeitig in gemeinsamen Planungsgesprächen bis ins Detail festgelegt, welche Aufgaben von der Bundesgeschäftsstelle übernommen werden und ein entsprechender Zeitplan verbindlich festgesetzt.
Wichtigste und schwierigste Aufgabe ist die Planung und Durchführung des Bundesrednereinsatzes. Drei Faktoren, nämlich Wünsche der Kreisverbände (und manchmal auch der Redner selbst), die Ausstrahlungskraft der jeweiligen Persönlichkeit auf gewisse soziologisch oder geographisch determinierte Gruppen und die Termine müssen in ein optimales System gebracht werden, das nur zu oft durch den vierten Faktor unglücklicher Zufälle wieder durcheinandergebracht wird und kurzfristig verändert werden muß.
Die Abteilung Organisation arbeitet ständig an der Verfeinerung dieses Systems, das über die Organisationstechnik hinaus vor allem von der Kooperation der Betroffenen abhängt. Dabei hat sich in den letzten Wahlkämpfen gezeigt, daß die Bereitschaft bei den Bundesrednern ohne Einschränkung vorhanden ist, sich „optimal einsetzen" zu lassen und daß das Bewußtsein wächst, daß nur eine rechtzeitige Koordination der Planung Fehlinvestitionen von Zeit und Energie vermeiden hilft.
Seit der Bundestagswahl 1969 hat sich die CDU in 5 Landtagswahlen (Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Saarland, Hessen) hervorragend behaupten können und überall beachtliche Stimmengewinne erzielt. In Nordrhein-Westfalen konnte die SPD wieder überflügelt werden; im Saarland errang die CDU die absolute Mehrheit. Die Ergebnisse im einzelnen:

Landtagswahlergebnisse

CDU-Stimmen der letzten Landtagswahlen

	Stimmen	v. H.	Sitze
Hamburg	323 000	32,8	41
Nordrhein-Westfalen	4 018 611	46,3	95
Niedersachsen	1 769 713	45,7	74
Saarland	308 089	47,9	27
Hessen	1 248 470	39,7	46

Die starke Ausprägung des Trends zur CDU läßt sich besonders deutlich an der Zahl der Wähler erkennen, die im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen neu hinzugewonnen werden konnten (siehe auch Grafik S. 56).

Hinzugewonnene Wähler im Verhältnis zur vorangegangenen Lantagswahl

	Absolute Zahlen	v. H. (letzte Landtagswahl = 100 %)
Hamburg	44 822	115,76
Nordrhein-Westfalen	365 427	110,00
Niedersachsen	278 621	118,68
Saarland	53 946	121,22
Hessen	503 345	167,55
insgesamt	1 246 161	

Hinzugewonnene Mandate in den Landtagen

Hamburg	3
Nordrhein-Westfalen	9
Niedersachsen	11
Saarland	4
Hessen	20
insgesamt	47

Der Trend zur CDU hat sich mit zunehmendem Abstand zum Zeitpunkt des Regierungswechsels verstärkt, d. h.: je länger die SPD/FDP-Regierung amtierte, umso stärker wurde die Präferenz für die CDU. Lag die Zuwachsquote bei den Wahlen im Hamburg im März 1970 bei 2,8 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen, so waren es im Sommer 1970 in Nordrhein-Westfalen 3,5 v. H., in Niedersachsen 4,9 v. H., im Saarland 5,2 v. H. Im November schließlich stieg die Zuwachsrate in Hessen auf 13,3 %, ein Ergebnis, das noch von keiner Partei in der Bundesrepublik erreicht worden ist.

Auch der große Erfolg unserer Schwesterpartei CSU bei den Landtagswahlen in Bayern muß hier erwähnt werden.

Durch die Erfolge der CDU und der CSU hat sich auch die Zusammensetzung der Bundesversammlung zugunsten der Unions-Parteien verschoben. Unter Berücksichtigung der Landtagswahlen in Bayern ergibt sich nunmehr das folgende Bild:

Die Zusammensetzung der Bundesversammlung nach den letzten Landtagswahlen

	CDU/CSU	SPD	FDP	NPD
Bundestag	253	237	28	–
Baden-Württemberg	35	23	10	7
Bayern	54	31	4	–
Berlin	6	11	1	–
Bremen	2	4	–	–
Hamburg	6	9	1	–
Hessen	19	22	5	–
Niedersachsen	30	30	–	–
Nordrhein-Westfalen	69	68	8	–
Rheinland-Pfalz	16	12	2	1
Saarland	6	4	–	–
Schleswig-Holstein	11	9	1	1
insgesamt	507	460	60	9
Bundesversammlung bei der Wahl Dr. Heinemanns	482	449	83	22
Veränderungen	+ 25	+ 11	– 23	– 13

Die Mitarbeit der Bundesgeschäftsstelle bei den Wahlkämpfen der Landesverbände bietet auch eine gute Gelegenheit, stets auf dem neuesten Stand der Wahlkampftechnik und -methodik zu bleiben und Erfahrungen für den Bundestagswahlkampf zu sammeln. Diese Erfahrungen werden systematisch gesammelt und aufbereitet und bilden die Grundlage einer langfristigen Wahlkampfplanung, die z. Z. noch im Aufbau begriffen ist.

Veranstaltungen

Die organisatorische Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen der Partei ist der zweite Schwerpunkt der Abteilung Organisation. Hier einige Beispiele:

Im Jahre 1970 hat das Präsidium der Partei 31mal getagt. Es hat u. a. Spitzengespräche mit dem Bund der Vertriebenen, dem Deutschen Bundeswehrverband, dem Geschäftsführenden Vorstand des DGB und dem Präsidium des Bundes Freiheit der Wissenschaft geführt.

Der Bundesvorstand kam zu 8 Sitzungen zusammen. Die Sitzung zur Erarbeitung eines Vorstandsentwurfs der 2. Fassung des Berliner Programms erstreckte sich über mehrere Tage.

Der Bundesausschuß wurde zweimal einberufen.

Die Konferenz der Landesvorsitzenden fand im vergangenen Jahr einmal statt.

Zur Koordinierung der Arbeit mit den Landesverbänden wurden fünf Konferenzen mit den Landesgeschäftsführern durchgeführt. Die erste Sitzung war dem Thema: Bundeswahlkampf 1969 vorbehalten. Die Ergebnisse und Auswertungen wurden intensiv erörtert und Schlußfolgerungen gezogen.

Die zweite Sitzung diente der Vorbesprechung für die Durchführung der Landtagswahlkämpfe und der Darstellung des Standes der Wahlkampfvorbereitungen in den einzelnen Ländern.

Die Konferenz am 22. 6. 1970 in Bad Zwischenahn diente der Situationsanalyse der Landtagswahlen in Niedersachsen, NRW und Saarland.

Auf der Besprechung am 23. 9. 70 wurde die Organisation des Bundesparteitages besprochen. Gleichzeitig fand sich hier die Gelegenheit, Überlegungen anzustellen, wie die Zusammenarbeit innerhalb der Partei intensiviert werden kann. Hierzu wurden Vorschläge gemacht, die jetzt in der Realisierung stehen.

Am 17. 12. 1970 war das Hauptthema die Vorbereitung des Bundesparteitages.

Darüber hinaus wurden Arbeitstagungen und Kongresse der Vereinigungen der Partei auf Bundesebene technisch und organisatorisch unterstützt; u. a. wurde bei folgenden Tagungen geholfen:

- 16. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises in Hannover
- Mittelstandskongreß in Ansbach
- Vertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung in Bad Godesberg
- Deutschlandtag der Jungen Union in Braunschweig
- Zonenrandkongreß der Jungen Union in Philippsthal, Hessen
- Europakongreß der Jungen Union in Saarbrücken

Teil des Aufgabenbereiches „Bundesrednereinsatz", der auch in der wahlkampffreien Zeit weitergeführt wird, ist das Bemühen, Redner der CDU nach den Gesichtspunkten der Repräsentanz und Breitenwirkung bei Fremdveranstaltungen sinnvoll einzusetzen. Dazu gehört auch die angemessene Vertretung der Partei bei Tagungen und Kongressen von Verbänden.

Die umfangreichsten Vorbereitungen erfordert natürlich der Bundesparteitag, dessen Organisation in diesem Jahr unter besonders ungünstigen Bedingungen stand. Da der Bundesparteitag im Herbst in Ort und Zeitpunkt verändert wurde, mußten kurzfristig alle Vorbereitungen umgeleitet werden. Zu dem Parteitag in Düsseldorf wurden neben den

557 Delegierten annähernd weitere 4000 Personen (Gastdelegierte, Pressevertreter, Gäste) eingeladen. Der Einsatzstab für diesen Parteitag besteht aus nahezu 200 Personen.

Reorganisation

Eine Reorganisation der Bundesgeschäftsstelle, die den veränderten Bedürfnissen der Partei in der Opposition Rechnung trägt, wurde im vergangenen Jahr durchgeführt. Sie mußte sich notgedrungen auf eine Festlegung der Aufgabenbereiche beschränken, die nun vervollkommnet werden muß durch eine klare, detaillierte Kompetenz- und Verantwortungsabgrenzung für jeden Mitarbeiter.
Darüber hinaus muß die Ablauforganisation systematisiert und das Kommunikations- und Informationssystem innerhalb der Bundesgeschäftsstelle optimiert werden. Diese Arbeiten sollen bis zum Einzug in das Konrad-Adenauer-Haus im Herbst dieses Jahres abgeschlossen sein.

Abteilung Personalplanung

Neu eingerichtet wurde in der Bundesgeschäftsstelle eine Abteilung Personalplanung, als deren Hauptaufgaben die Fragen der Aus- und Fortbildung der hauptamtlichen Mitarbeiter, die Förderung und Unterstützung der Mitarbeiter und darüber hinaus aller Mitglieder und der Kontakt zu unseren Mitgliedern in den Bundesministerien bestimmt worden sind.
Bisher hat es eine systematische Beschäftigung mit diesem komplexen und wichtigen Bereich der Personalplanung und -betreuung nicht gegeben, deshalb war das erste Jahr vor allem mit konzeptioneller und aufbauender Arbeit angefüllt.
Im Mittelpunkt der Planung für die Arbeit stehen die zwei Schwerpunkte,
1. Aus- und Fortbildungsprogramm für die hauptamtlichen Mitarbeiter und
2. Systematische Laufbahnbetreuung für unsere Mitglieder.

Der hautpamtliche Mitarbeiter in der CDU wird in Zukunft immer stärker eine Tätigkeit ausüben, die vergleichbar ist mit der auf der mittleren Führungsebene in der Industrie. Eine natürliche Konsequenz daraus ist der Bedarf nach einem voll ausgebauten Volontärprogramm, das möglichst attraktiv auch für diejenigen ist, für die bisher eine Parteikarriere eine negative Komponente beinhaltete. Dieses Programm muß ergänzt werden durch ein ständiges Fortbildungsprogramm, das nicht eng begrenzt sein darf auf die unmittelbar parteiorganisatorischen Fragen, sondern so breit angelegt werden muß, daß ein Überstieg in benachbarte Berufe möglich ist.
Es muß ein System der Personalplanung entwickelt werden, das es ermöglicht, eine schnelle, klare Übersicht darüber zu erhalten, wie unsere Mitglieder aufgrund ihrer Ausbildung und derzeitigen Stellung in optimaler Weise gefördert werden können. Zu diesem Zweck wird z. Z. die Zentrale Mitgliederkartei in der Weise erweitert, daß zusätzliche Daten über Ausbildung, berufliche Tätigkeit und sonstige Fähigkeiten mit aufgenommen werden. Ein erster Probelauf ist in den vergangenen Wochen durchgeführt und mit sehr zufriedenstellenden Ergebnissen abgeschlossen worden. In den nächsten Monaten wird

ein solcher Fragebogen mit der Bitte um zusätzliche Personaldaten an weitere 150 000 Mitglieder versandt werden.
Geplant ist auch ein systematischer Ansatz zur Koordination der Arbeit aller im Bereich der CDU wirkenden Bildungsträger und Bildungsstätten.
Der bald zu erwartende gesetzliche Bildungsurlaub wird zwangsläufig zur Erweiterung des Bedarfs an politischer Bildung führen. Auch auf diese Situation muß sich die Abteilung Personalpolitik konzeptionell ausrichten.

Zentrale Mitgliederkartei

Die Arbeit der Zentralen Mitgliederkartei war gekennzeichnet durch:

- außerordentlich gestiegenen Arbeitsanfall bei der Führung der Kartei
- bedeutende Zunahme von Anfragen nach gezielten statistischen Erhebungen und Auswertungen
- Übernahme zusätzlicher Arbeiten von verschiedenen Organen der Partei
- dementsprechend Bemühungen um weitgehende Rationalisierung der Arbeit.

Die Mitgliederentwicklung war im letzten Jahr sehr erfreulich. Die Partei konnte eine ungewöhnlich starke Zunahme verzeichnen, deren Trend weiter anhält.

Dies brachte für die Zentrale Mitgliederkartei eine hohe Arbeitsbelastung mit sich. Sie führte im vergangenen Jahr ungefähr 115 000 Veränderungsvorgänge aus mit den Arbeitsgängen:

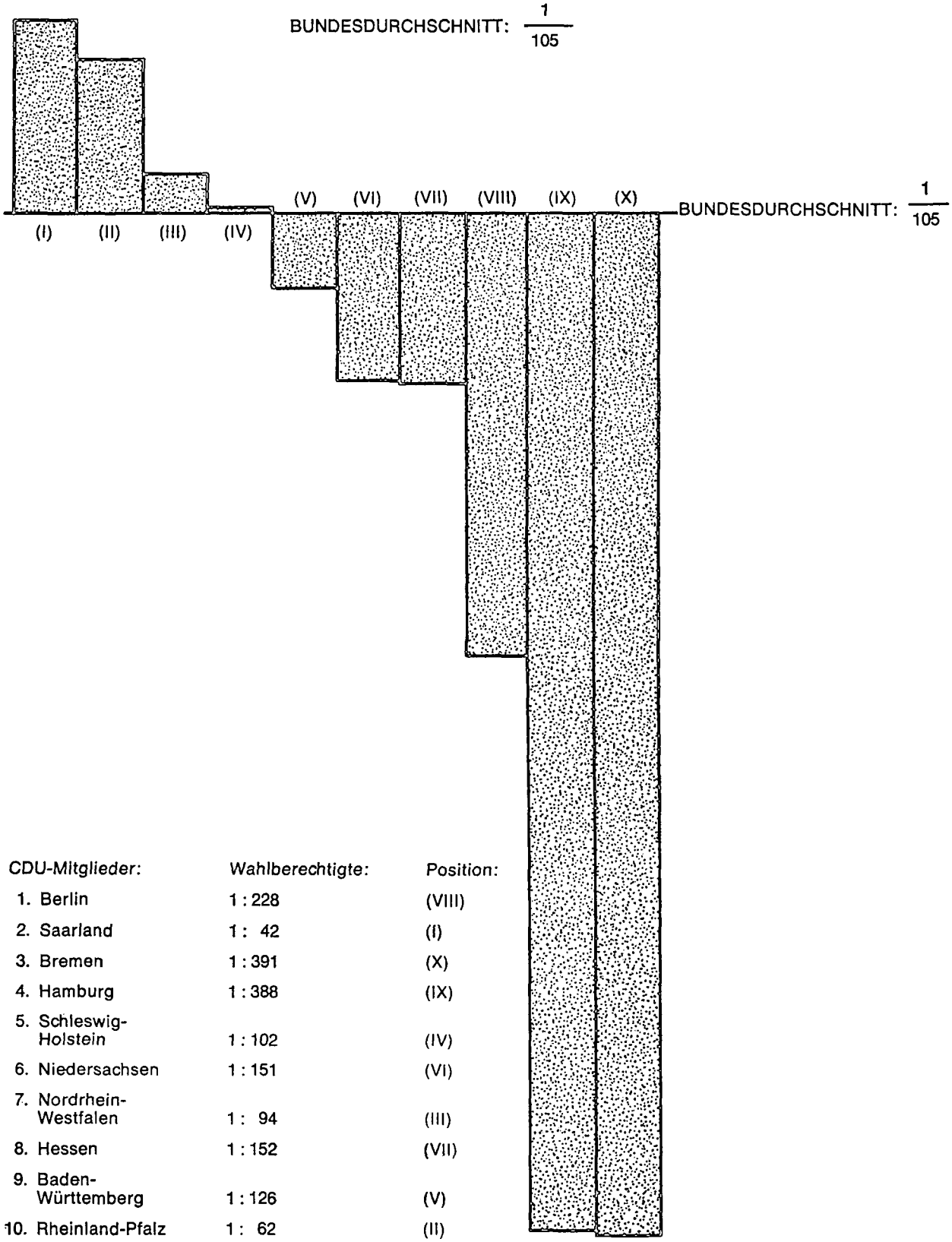
- Erstellen von Lochkarten
- Ausschreiben von Klarsichtkarteikarten für alle Organisationsstufen
- Ausstellen von Posteinweisungskarten
- Speicherung auf Magnetbänder.

Jeden Monat erfolgt eine statistische Auswertung der Veränderungen und des Zuwachses im Mitgliederbestand, aufgeschlüsselt nach spezifizierten Daten.
Für die Zukunft sind folgende Rationalisierungsmaßnahmen geplant: Ab 1971 wird auf die manuelle Führung einer alphabetischen Mitgliederkartei in der Bundesgeschäftsstelle verzichtet. Stattdessen werden Auskunft und Kontrollen bei stark reduziertem Arbeitsaufwand über eine alphabetische Mitgliederliste abgewickelt. Diese enthält alle Angaben der Karteikarten und kann auf kleinstem Raum untergebracht werden. Nach jedem Änderungsdienst wird diese Liste auf den neuesten Stand gebracht.
Die Ablage von Meldebelegen in reichlich 1 600 Ordnern entfällt. Zu Kontrollzwecken werden numerische Mitgliederlisten erstellt. Als Meldekontrolle für die Verbände aller Organisationsstufen dienen die den Geschäftsstellen aufgrund jeder Änderung zugestellten Karteikarten.

In der Diskussion mit den Kreisverbänden befindet sich z. Z. das Projekt einer verbesserten Anmeldeprozedur, durch die alle für die Zentralkartei relevanten Daten gleich bei der Anmeldung mit aufgenommen werden.
Die Kreisverbände werden von der Erstellung von Mitgliedsausweisen entlastet. Die Herstellung erfolgt ab 1971 zentral; ausgenommen von dieser Regelung ist bis auf weiteres nur der Landesverband Saar. Die Ausweise kommen erstmals in der 2. Januarhälfte 1971, danach für Zugänge und Änderungen einmal monatlich mit dem Statistischen Bericht zur Auslieferung.
Durch Posteinweisung, Rechnungs- und Mahnrechnungsschreibung und Nachnahmedruck für die Publikation einer Vereinigung haben wir bei einer Jahresauflage von rund 90 000 Exemplaren im Zeitraum von 2½ Jahren aus einem Defizit von 23 979,98 DM 1968 einen Gewinn von ca. 17 500,— DM im Jahre 1970 erwirtschaftet. Wir sind bemüht, diesen Erfolg auch für andere Publikationen (soweit für diese eine Rechnungsstellung an die Bezieher erfolgt), zu erreichen.

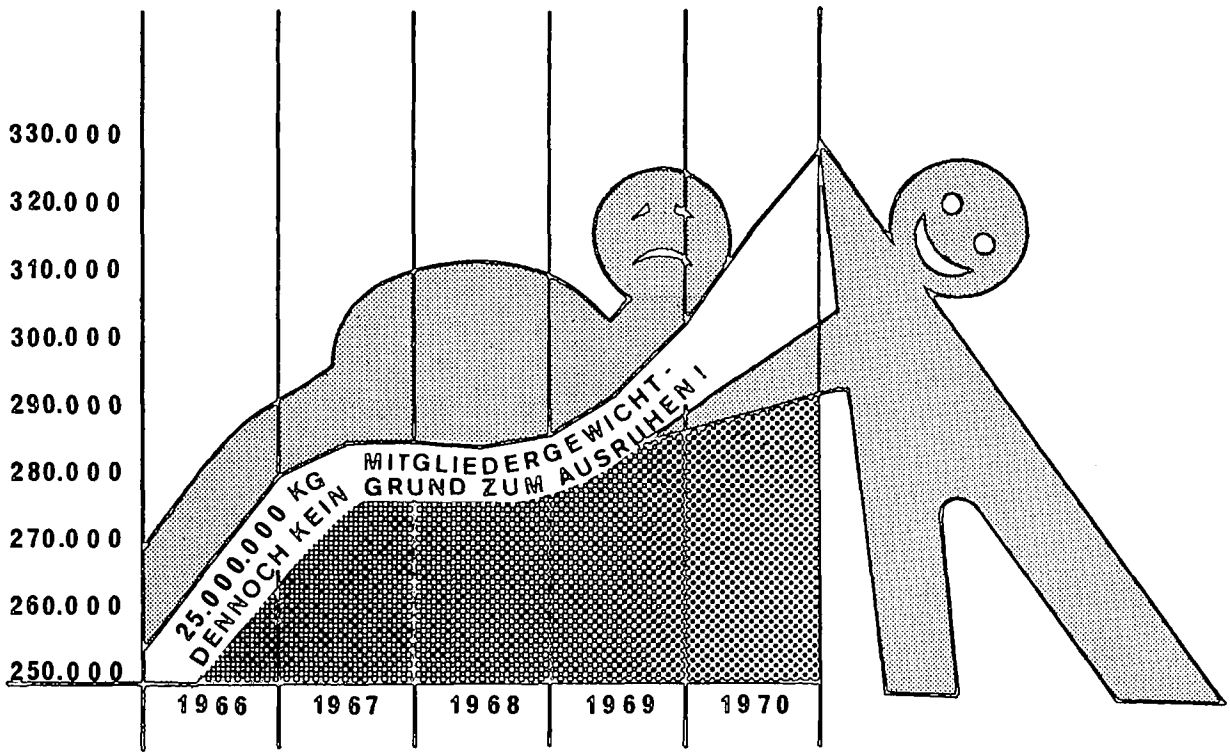
ZAHLENVERHÄLTNIS: $\frac{\text{CDU-MITGLIEDER}}{\text{WAHLBERECHTIGTE EINWOHNER}}$

BUNDESDURCHSCHNITT: $\frac{1}{105}$

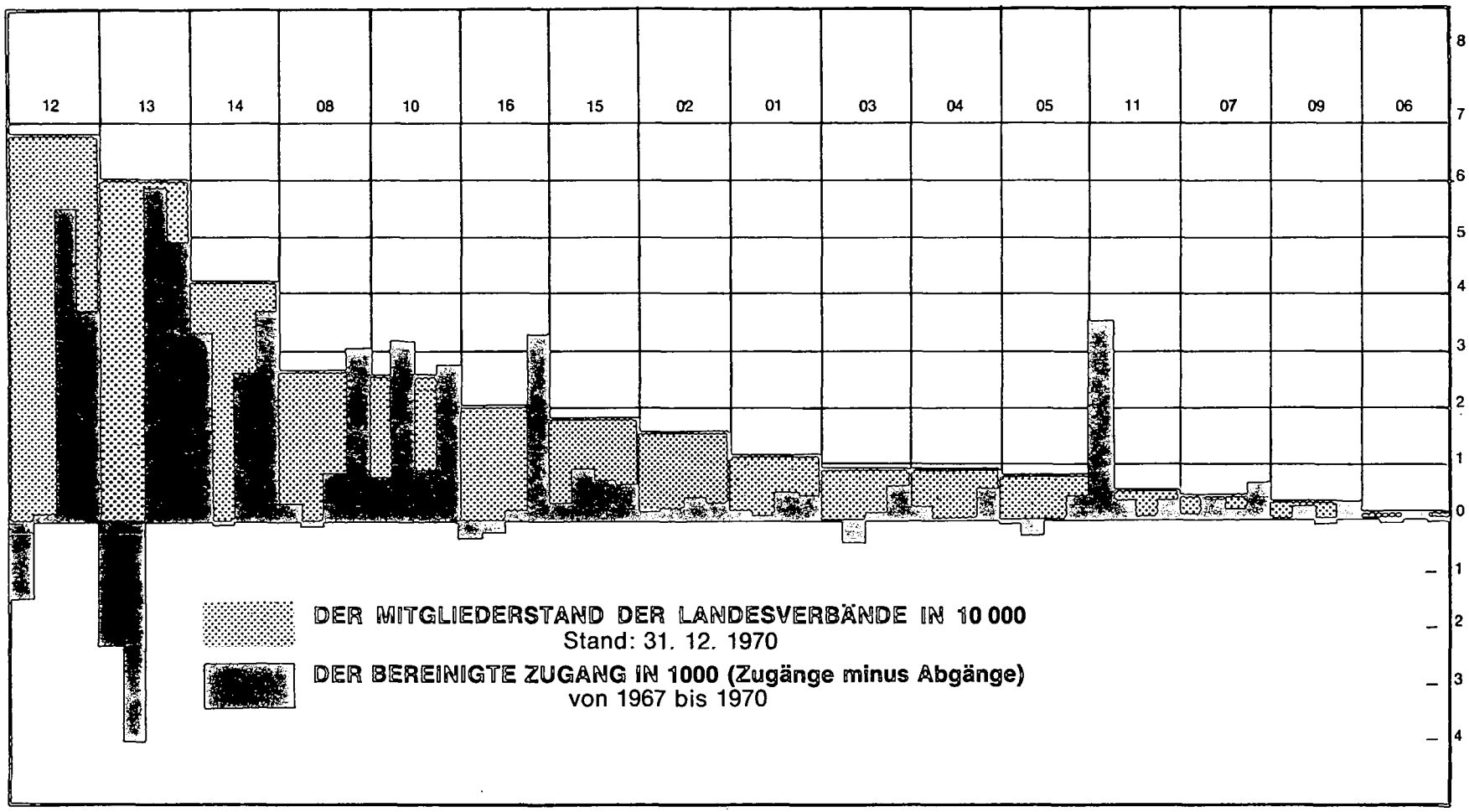


CDU-Mitglieder:	*Wahlberechtigte:*	*Position:*
1. Berlin	1 : 228	(VIII)
2. Saarland	1 : 42	(I)
3. Bremen	1 : 391	(X)
4. Hamburg	1 : 388	(IX)
5. Schleswig-Holstein	1 : 102	(IV)
6. Niedersachsen	1 : 151	(VI)
7. Nordrhein-Westfalen	1 : 94	(III)
8. Hessen	1 : 152	(VII)
9. Baden-Württemberg	1 : 126	(V)
10. Rheinland-Pfalz	1 : 62	(II)

AUF DEM RICHTIGEN WEG
Die Mitgliederentwicklung



31. 3.	255 672	282 525	285 057	289 513	310 394
	+ 12 825	+ 3 877	+ 302	+ 3 979	+ 6 924
30. 6.	268 497	286 402	285 359	293 492	317 318
	+ 7 530	— 747	— 588	+ 3 062	+ 6 853
30. 9.	276 027	285 655	284 771	296 554	324 171
	+ 4 754	+ 149	+ 1 770	+ 6 978	+ 5 068
31. 12.	280 781	285 804	286 541	303 532	329 239
	+ 1 744	— 747	+ 2 972	+ 6 862	—

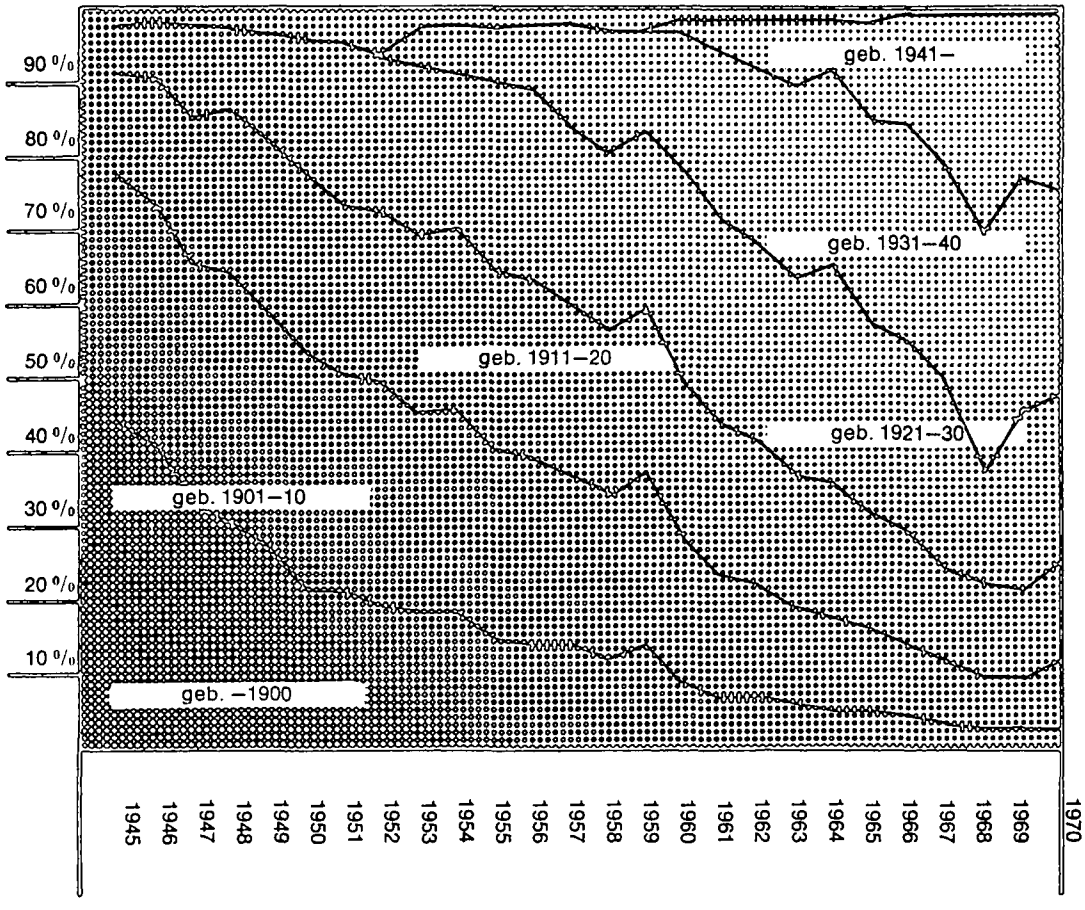


01 = Nordbaden
02 = Südbaden
03 = Nordwürttemberg
04 = Württ.-Hohenz.
05 = Berlin
06 = Bremen
07 = Hamburg
08 = Hessen
09 = Braunschweig
10 = Hannover
11 = Oldenburg
12 = Rheinland
13 = Westfalen
14 = Rheinl.-Pfalz
15 = Saar
16 = Schlesw.-Holst.

		31. 12. 67		31. 12. 68		31. 12. 69		31. 12. 70
0100	+ 148	10 378	+ 70	10 448	+ 512	10 960	+ 380	11 340
0200	+ 138	14 846	+ 211	15 057	+ 416	15 473	+ 279	15 752
0300	+ 13	8 933	− 384	8 549	+ 104	8 653	+ 566	9 219
0400	+ 229	8 558	+ 48	8 606	+ 67	8 673	+ 538	9 211
0500	− 66	7 756	− 243	7 513	+ 6	7 519	+ 414	7 933
0600	+ 36	1 381	− 32	1 349	+ 64	1 413	− 15	1 398
0700	+ 114	2 990	+ 383	3 373	+ 185	3 558	+ 656	4 213
0800	+ 308	22 676	− 67	22 609	+ 843	23 452	+ 3 113	26 565
0900	+ 31	2 961	+ 251	3 212	− 84	3 128	+ 362	3 490
1000	+ 777	18 944	+ 3 177	22 121	+ 898	23 019	+ 2 941	25 960
1100	+ 3 492 *)	4 878	+ 365	5 243	+ 54	5 297	+ 360	5 657
1200	− 1 323	58 520	+ 173	58 693	+ 5 527	64 220	+ 3 538	67 758
1300	− 2 193	54 258	− 3 873	50 385	+ 5 871	55 256	+ 4 932	60 188
1400	+ 3 302 *)	36 278	− 40	36 238	+ 2 622	38 860	+ 3 702	42 562
1500	+ 322	15 687	+ 906	16 593	+ 680	17 273	+ 674	17 947
1600	− 305	16 760	− 208	16 552	+ 226	16 778	+ 3 268	20 046

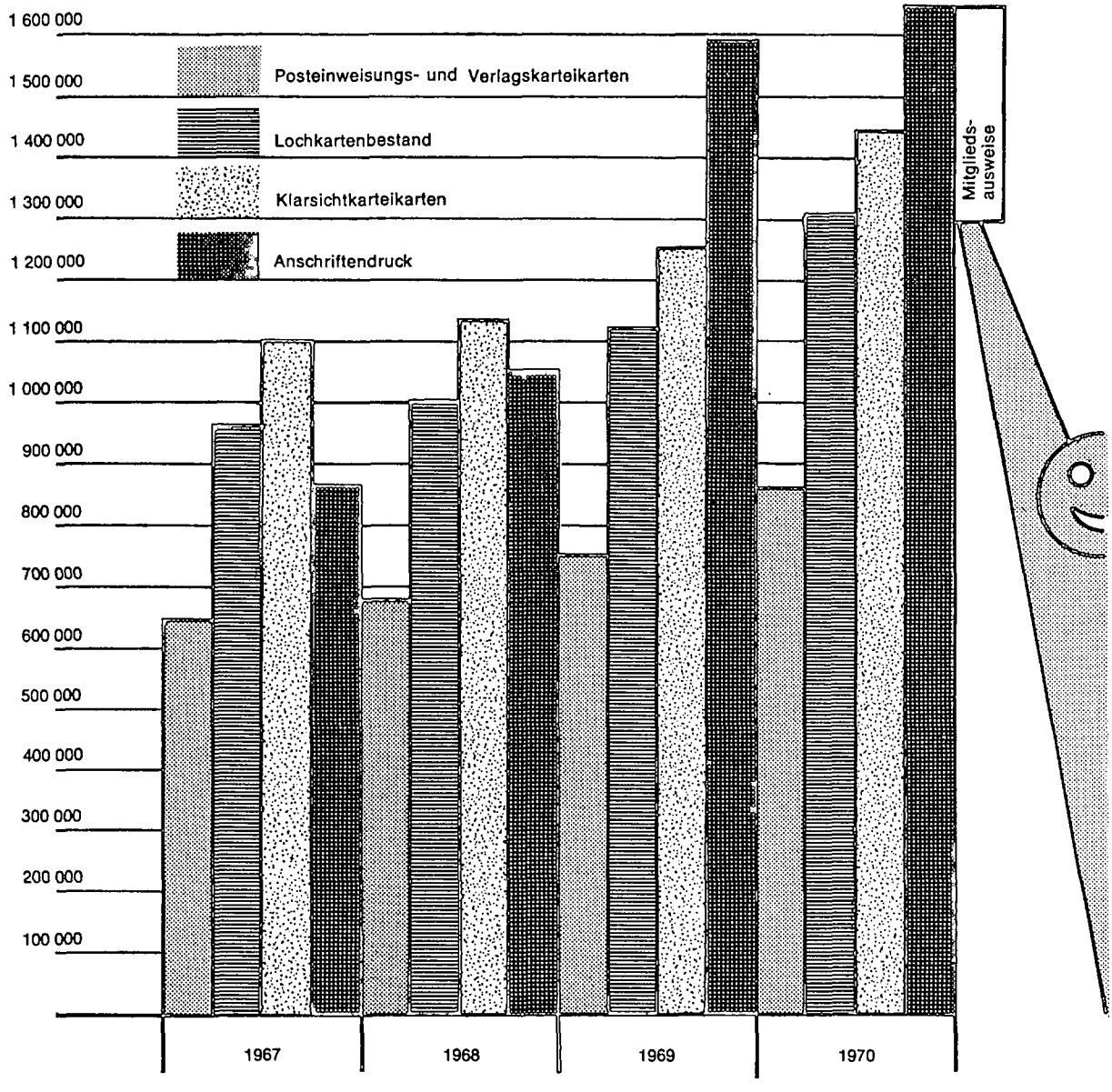
*) Vorwiegend verspätete Altbestandsmeldungen.

DIE ENTWICKLUNG DER ALTERSSTRUKTUR
nach Eintrittsjahren in die CDU



Wie dieses Schaubild deutlich macht, entwickelt sich die Altersstruktur der CDU-Mitglieder zunehmend positiv. Gemessen wurden die Altersgruppen unserer Mitglieder nach den einzelnen Eintrittsjahren.
Es ist zu erwarten, daß sich die Altersstruktur aller Mitglieder der der wahlberechtigten Bevölkerung weitgehend angleicht.

WACHSTUM VON KARTEIEN UND ANSCHRIFTENDRUCK



Posteinweisungs- und Verlagskarteikarten

648 433	682 353	752 688	863 733

Lochkartenbestand einschließlich geänderter LK

964 969	1 009 024	1 125 770	1 313 140

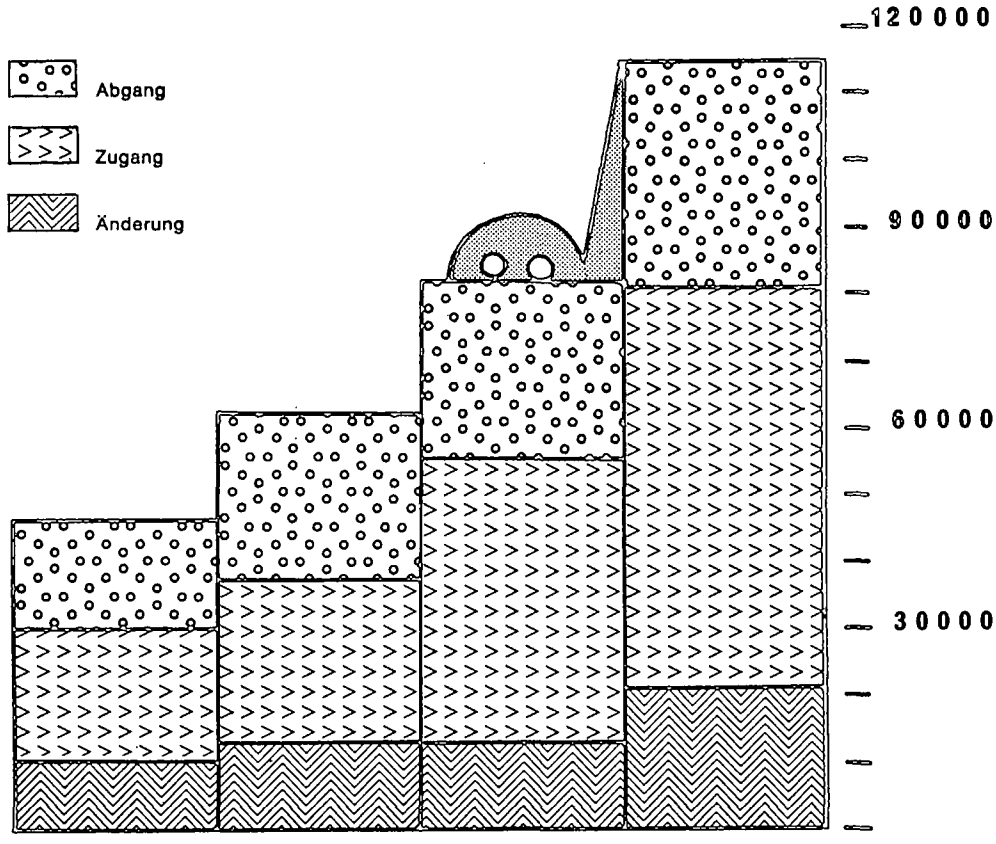
Klarsichtkarteikarten aller Organisationsstufen

1 107 876	1 136 348	1 256 787	1 446 424

Anschriftendruck, sortiert und selektiert

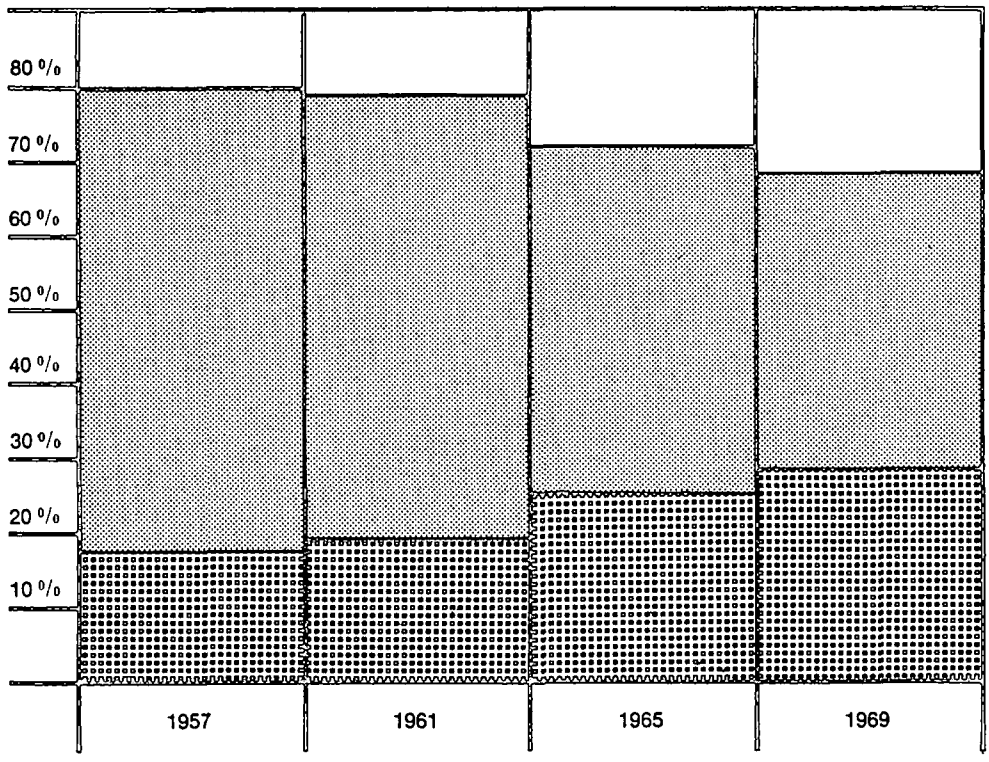
868 400	1 053 800	1 594 700	1 645 700

STEIGENDER ARBEITSANFALL
in der Datenverarbeitung



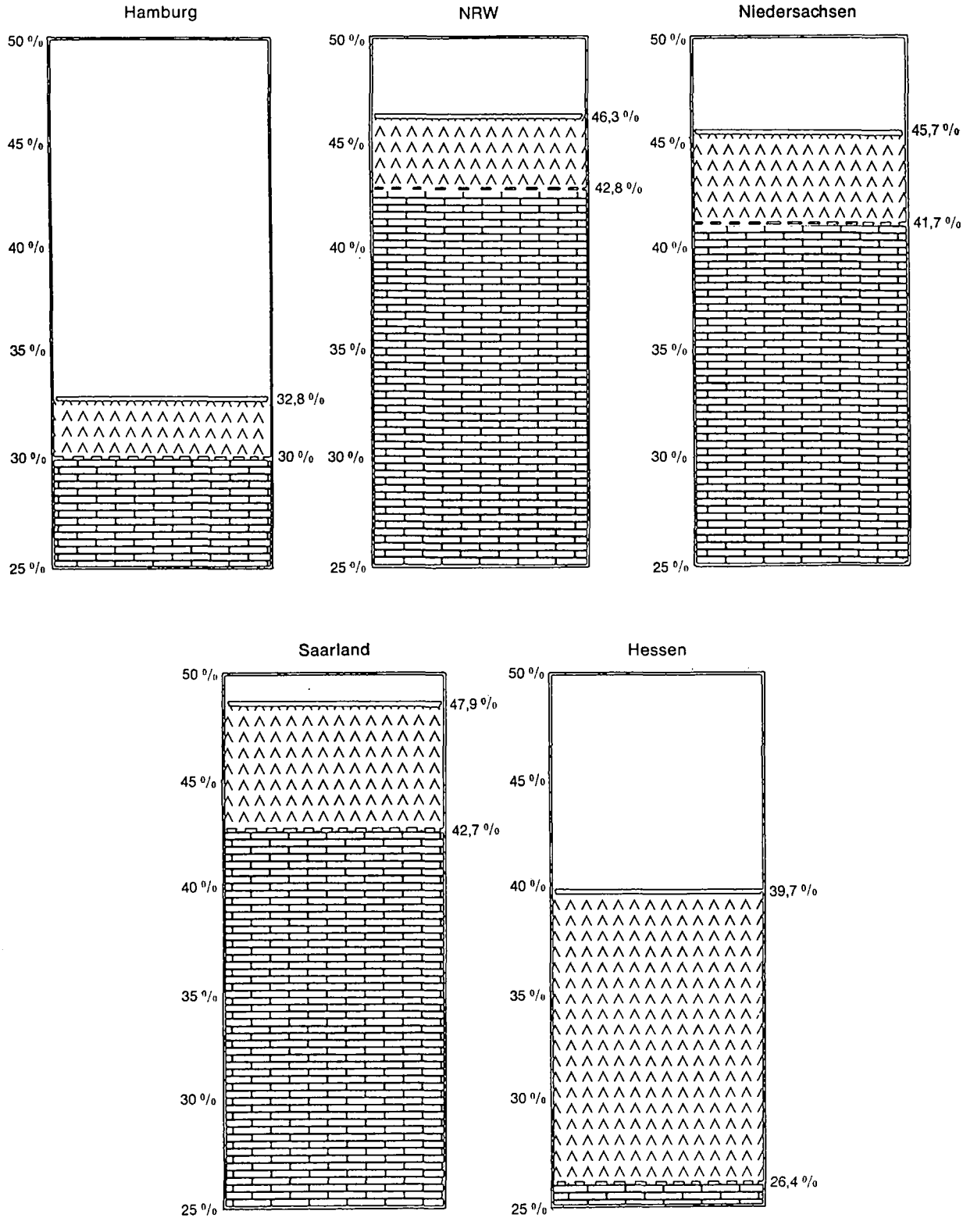
1967	1968	1969	1970	
15 361	24 011	25 524	33 914	Abgangs-meldungen
20 384	24 748	42 515	59 621	Mitglieds-meldungen
10 347	13 382	13 035	21 552	Veränderungs-meldungen
46 092	62 141	81 074	115 087	

DAS STÄRKEVERHÄLTNIS DER KONFESSIONEN
gemessen an Zugängen



Das Stärkeverhältnis der beiden Konfessionen gleicht sich stetig an. Die Relationen wurden in Abständen von vier Jahren ermittelt.
Zugrundegelegt wurden die Daten der Mitglieder, die in den entsprechenden Jahren der CDU beigetreten sind. Daraus läßt sich ablesen, daß langfristig ein Trend zur Angleichung dieses Stärkeverhältnisses in der CDU und Bevölkerung zu erwarten ist.

v.-H.-Ergebnis der Landtagswahlen 1970 im Vergleich zu den vorangegangenen Landtagswahlen



Zentralabteilung

Die Arbeit der Zentralabteilung steht naturgemäß stark im Schatten der anderen Abteilungen, da sie ausschließlich nach innen wirkt. In ihr sind die Bereiche Personal, Finanzen, Postverteilung (die bei der Verteilung der CDU-Zentrale auf 16 Stellen in Bonn vor allem die Kommunikation innerhalb der Geschäftsstelle besorgt), Fahrbereitschaft und Materialbeschaffung sowie Technische Dienste zusammengefaßt. In der Zentralabteilung werden die Finanzen der Bundespartei verwaltet, soweit dies nicht in die Zuständigkeit des Bundesschatzmeisters fällt. Hier wird auch der Rechenschaftsbericht der CDU, der nach dem Parteiengesetz veröffentlicht werden muß, vorbereitet.

Rechenschaftspflichtige Einnahmen der Parteien für das Jahr 1968

	Mitglieds-beiträge	Beiträge der Fraktions-mitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffent-lichungen und sonstiger mit Einnahmen ver-bundener Tätigkeit der Partei	Spenden	Kredite	Erstattungs-beträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Sonstige Einnahmen	Gesamt-einnahmen
	1	2	3 a	3 b	4	5	6	7	8
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
CDU	6 923 493,64	2 927 574,69	672 320,84	515 943,55	5 074 412,63	467 654,54	17 732 018,81	129 840,33	34 443 259,03
CSU	1 271 443,58	858 448,40	277 426,91	216 163,46	2 054 144,89	130 321.19	5 320 008,97	—,—	10 127 957,40
FDP	1 203 175,30	664 192,63	137 536,95	64 996,24	2 104 409,26	433 450,28	4 579 511,43	845 523,43	10 032 795,52
SPD	18 918 553,62	3 838 004,52	1 189 806,62	513 825,52	2 509 170,16	46 383,32	19 666 681,51	1 343 736,02	48 026 161,29
NPD	631 843,80	217 306,85	48 913,16	—,—	934 678,26	352 685,—	1 650 240,82	25 660,61	3 861 328,50
AUD	43 022,12	1 016,52	67,78	45 677,39	78 169,09	9 556,03	—,—	6 405,05	183 913,98
DL	16 808,50	—,—	—,—	3 888,79	227 347,05	142 650,—	—,—	288,42	390 982,76
E-P	20 573,30	—,—	—,—	1 104,15	10 870,61	—,—	—,—	1 406,60	33 954,66
S-W *)	11 493,52	42 097,38	1 042,11	79,30	118 280,—	—,—	4 870,83	500,—	178 363,14
UA-P	1 632,63	—,—	—,—	325,10	4 587,75	—,—	—,—	361,70	6 907,18
	29 042 040,01	8 548 640,99	2 327 114,37	1 362 003,50	13 116 069,70	1 582 700,36	48 953 332,37	2 353 722,16	107 285 623,46

*) Südschleswigscher Wählerverband

Der Präsident des Deutschen Bundestages

Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten der Parteien

Vom 13. Oktober 1969 • Bundesanzeiger vom 21. Oktober 1969

Gemäß § 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 773) gebe ich als Anlagen 1 bis 5 die Rechenschaftsberichte der CDU, CSU, SPD, FDP und NPD bekannt.

Bonn, den 13. Oktober 1969

Der Präsident des Deutschen Bundestages
von Hassel

Christlich Demokratische Union Deutschlands ○ Rechenschaftsbericht 1968

	Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Sonstige Einnahmen	Gesamteinnahmen
	1	2	3 a	3 b	4	5	6	7	8
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Bundespartei	2 127 858,74	8 340,—	328 486,99	51 688,02	447 406,90	23 300,—	10 727 634,—	—,—	13 714 714,65
Landesverbände									
Nordbaden	172 602,65	63 522,—	9 629,12	52 270,64	228 355,70	—,—	476 208,36	19 806,89	1 022 395,36
Südbaden	175 945,36	90 975,03	48 593,78	51 623,23	301 015,16	—,—	563 894,55	4 226,63	1 236 273,74
Nord-Württemberg	139 494,16	124 406,76	4 560,16	11 536,25	422 667,48	111 591,91	758 950,36	3 176,09	1 576 383,17
Württemberg-Hohenzollern	43 766,76	21 361,04	10 386,55	65,62	70 267,94	—,—	438 068,96	782,58	584 699,45
Berlin	289 278,16	203 003,—	5 864,53	5 611,30	34 266,20	—,—	—,—	393,50	538 416,69
Bremen	28 744,50	101 763,—	805,32	—,—	10 002,—	—,—	33 198,—	96,—	174 608,82
Hamburg	110 960,37	42 149,—	2 852,52	232 147,12	14 580,07	—,—	86 153,—	3 554,—	492 396,08
Hessen	494 778,96	264 645,03	6 357,45	8 391,32	1 018 520,—	319 124,57	407 429,—	9 972,45	2 529 218,78
Braunschweig	56 979,80	61 566,27	1 072,59	2 370,90	122 254,28	5 691,21	127 911,50	—,—	377 846,55
Hannover	283 838,91	283 692,23	22 467,66	13 584,12	759 603,08	—,—	1 529 190,77	40 778,45	2 933 155,22
Oldenburg	46 069,30	16 687,62	3 130,14	30,—	74 451,71	—,—	102 700,—	288,—	243 356,77
Rheinland	1 245 750,48	394 786,24	58 137,07	35 088,05	686 210,68	—,—	950 908,95	27 427,56	3 398 308,93
Westfalen	801 303,35	633 282,36	110 703,51	40 664,96	361 224,07	—,—	920 223,85	12 910,91	2 880 313,01
Rheinland-Pfalz	381 402,62	283 071,85	52 008,31	7 146,07	204 445,58	—,—	258 995,—	—,—	1 187 069,43
Saar	116 552,79	222 458,—	868,04	2 676,22	204 826,61	7 946,85	105 360,—	796,05	661 484,56
Schleswig-Holstein	408 166,73	111 865,26	6 397,10	1 049,73	114 315,17	—,—	245 192,61	5 631,22	892 617,82
	6 923 493,64	2 927 574,69	672 320,84	515 943,55	5 074 412,63	467 654,54	17 732 018,81	129 840,33	34 443 259,03

Erläuterungen:

Die CDU hat von der Möglichkeit des § 27 Abs. 3 des Parteiengesetzes, wonach Sach-, Werk und Dienstleistungen, die die Mitglieder der Partei oder die der Partei nahestehende Organisationen außerhalb eines Geschäftsbetriebes üblicherweise unentgeltlich zur Verfügung stellen oder die einen Wert von 1000,— DM im Einzelfall nicht übersteigen, unberücksichtigt bleiben können, Gebrauch gemacht.

Nach § 25 des Parteiengesetzes aufzuführende Spenden sind nicht eingegangen.

Nach pflichtgemäßer Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Partei sowie der von den Vorständen erteilten Aufklärungen und Nachweise entspricht der Rechenschaftsbericht in dem geprüften Umfang (§ 29 Abs. 1) den Vorschriften des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1967.

Geprüft wurden neben der Bundespartei die Landesverbände Nord-Württemberg und Saar sowie die Kreisverbände Ulm/Donau, Waiblingen, Saarbrücken Land Ost und Wadern.

Düsseldorf, den 28. September 1969

Dr. Elmendorff
Wirtschaftsprüfer

Rechenschaftspflichtige Einnahmen der Parteien für das Jahr 1969

	Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Sonstige Einnahmen	Gesamteinnahmen
	1	2	3 a	3 b	4	5	6	7	8
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
CDU	7 688 960,18	3 645 395,79	1 137 669,20	969 848,15	14 460 190,47	4 764 130,46	16 371 206,01	281 245,18	49 318 645,44
CSU	1 296 622,91	829 113,95	430 587,40	253 956,80	6 534 683,59	584 021,20	3 990 052,07	2 437,65	13 921 475,57
SPD	20 620 010,—	5 501 367,03	2 436 675,83	806 052,58	11 675 460,12	137 804,53	22 315 580,60	1 624 817,46	65 117 768,15
FDP	1 362 177,54	644 954,26	193 894,65	198 613,93	4 309 293,98	7 047 234,22	641 032,67	1 750 361,66	16 147 562,91
ADF	38 754,20	—,—	—,—	9 000,17	461 809,01	521 126,71	—,—	1 184,03	1 031 874,12
AUD	34 600,24	1 467,71	155,84	30 118,31	72 593,59	5 374,66	—,—	5 115,13	149 425,48
DKP	417 820,46	1 073,80	—,—	100 927,06	1 894 880,48	6 228,14	—,—	64 092,42	2 485 022,36
NPD	682 944,48	295 786,57	20 721,65	—,—	1 416 420,94	344 774,02	4 478 254,83	18 669,95	7 257 572,44
S-W *)	14 203,91	41 742,75	5 034,47	—,—	127 135,96	—,—	7 238,—	500,—	195 855,09
	32 156 093,92	10 960 901,86	4 224 739,04	2 368 517,—	40 952 468,14	13 410 693,94	47 803 364,18	3 748 423,48	155 625 201,56

*) Südschleswigscher Wählerverband

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Rechenschaftsbericht 1969

	Mitgliedsbeiträge	Beiträge der Fraktionsmitglieder und ähnliche regelmäßige Beiträge	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit der Partei	Spenden	Kredite	Erstattungsbeträge nach dem Vierten Abschnitt des Parteiengesetzes	Sonstige Einnahmen	Gesamteinnahmen
	1	2	3 a	3 b	4	5	6	7	8
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
Bundespartei	2 219 635,10	11 940,—	748 810,73	62 854,51	2 912 272,80	4 059 921,74	5 512 772,—	3 495,22	15 531 702,10
Landesverbände									
Nordbaden	115 210,41	48 965,26	4 901,87	43 369,15	251 133,54	123 840,63	354 668,60	39 264,95	981 354,41
Südbaden	163 606,64	97 917,35	57 797,03	14 481.33	501 298,22	17 535,99	438 295,43	12 930,76	1 303 862,75
Nord-Württemberg	189 872,48	217 857,20	3 637,26	3 387,90	754 341,15	241 687,79	444 812,66	12 180,90	1 867 777,34
Württemberg-Hohenzollern	67 625,72	25 269,98	10 399,88	104,60	104 648,09	69 785,87	319 145,31	4 710,97	601 600,42
Berlin	290 167,69	218 091,—	6 416,68	8 443,49	40 790,17	—,—	—,—	—,—	563 900,03
Bremen	34 582,90	177 274,—	4 374,31	—,—	71 497,60	106 080,—	80 165,—	915,50	474 889,31
Hamburg	178 719,53	109 179,90	21 792,90	629 329,78	381 945,04	—,—	203 958,—	—,—	1 524 925,15
Hessen	519 135,46	291 396,24	38 379,26	16 167,62	1 345 108,73	—,—	1 003 447,—	26 314,98	3 239 949,29
Braunschweig	72 086,53	30 132,36	1 219,63	2 838,51	155 665,46	6 532,79	152 059,48	94 698,70	515 233,46
Hannover	346 149,80	317 384,34	6 291,35	32 490,61	1 566 207,85	29 994,28	935 976,—	73 510,34	3 308 004,57
Oldenburg	60 640,58	24 155,45	4 289,84	—,—	197 336,92	—,—	195 054,06	—,—	481 476,85
Rheinland	1 346 093,71	483 621,36	87 950,83	55 073,56	2 680 764,49	—,—	2 374 553,69	12 212,14	7 040 269,78
Westfalen	973 720,25	810 450,34	104 361,90	73 446,—	1 696 757,36	—,—	2 204 952,69	188,50	5 868 877,04
Rheinland-Pfalz	620 954,52	419 880,58	28 017,05	7 543,49	1 185 861,60	—,—	1 228 301,75	—,—	3 400 558,99
Saar	95 711,72	218 399,—	3 891,56	1 562,10	180 663,61	—,—	338 762,—	—,—	888 989,99
Schleswig-Holstein	395 047,14	143 481,43	5 137,12	18 755,50	433 897,84	108 751,37	584 232,34	822,22	1 690 174,96
	7 683 960,18	3 645 395,79	1 137 669,20	969 848,15	14 460 190,47	4 764 130,46	16 371 206,01	281 245,18	49 318 645,44

Erläuterungen:

Die CDU hat von der Möglichkeit des § 27 Abs. 3 des Parteiengesetzes, wonach Sach-, Werk- und Dienstleistungen, die die Mitglieder der Partei oder die der Partei nahestehenden Organisationen außerhalb eines Geschäftsbetriebes üblicherweise unentgeltlich zur Verfügung stellen oder die einen Wert vom 1000,— DM im Einzelfall nicht übersteigen, unberücksichtigt bleiben können, Gebrauch gemacht.

Spenden nach § 25	DM
Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e. V., 7 Stuttgart-S, Danneckerstraße 37	217 630,—
Siemens AG, 8 München	30 000,—
Arbeitsgemeinschaft II. Bildungsweg Baden-Württemberg, 7 Stuttgart-Bad Cannstadtt, Waiblinger Straße	38 000,—
Senator a. D. Karl Krammig, 28 Bremen-Oberneuland, Rockwinkeler-Heerstraße 97 a	21 750,—
Ove Franz, 2 Hamburg 55, Wientapper Weg 29 c	200 000,—
Dr. Dieter Grell, 5 Köln 80, Brambachstraße 61	70 000,—
Bundesverband des Deutschen Güterfernverkehrs e. V., 6 Frankfurt Breitenbachstraße 1	50 000,—
Paul Lücke MdB, 5060 Bensberg, Odinweg 36	67 750,—
Fa. Leonhard Monheim, 51 Aachen, Deliusstraße	30 000,—
Staatspolitische Vereinigung Schleswig-Holstein e. V., 2370 Rendsburg, Adolf-Steckel-Straße 17	74 800,—
Institut für die niedersächsische Wirtschaft, 3 Hannover, Am Schiffgraben 36	260 180,—
Niedersächsische Staatsbürgerliche Vereinigung, 3 Hannover, Am Schiffgraben 36	179 440,—

Prüfungsvermerk:

Nach pflichtgemäßer Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Partei sowie der von den Vorständen erteilten Aufklärungen und Nachweise entspricht der Rechenschaftsbericht in dem geprüften Umfang (§ 29 Abs. 1) den Vorschriften des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1967 in der Fassung vom 22. Juli 1969.

Geprüft wurden neben der Bundespartei die Landesverbände Berlin und Rheinland-Pfalz sowie die Kreisverbände Berlin-Zehlendorf, Berlin-Kreuzberg, Koblenz-Stadt und Worms-Stadt.

Düsseldorf, den 29. September 1970

Dr. Elmensdorff, Wirtschaftsprüfer

Anhang
Entwurf des
Ev. Arbeitskreises
(s. Seite 24)

1. Oberstes Ziel christlich-demokratischer Politik ist es, die Freiheit des Menschen zu ermöglichen und zu sichern. Diese Freiheit dient der Entfaltung der Persönlichkeit und dem verantwortlichen Handeln in der Gemeinschaft. Sie kann nur bestehen, wenn wir wissen, daß mit den Rechten auch Pflichten erwachsen.
Der Mensch ist gegen die Sachzwänge des industriellen Zeitalters, gegen übermächtige Interessen, kollektivierende Tendenzen und Manipulationen zu schützen und in seiner Selbständigkeit zu stärken. Die Hilfe des Staates soll die Eigenverantwortung des einzelnen und der Gruppen ermöglichen (Subsidiarität). Eine breite Streuung des Eigentums und die Ermöglichung des sozialen Aufstiegs fördern die Unabhängigkeit der Person.
Die CDU bejaht die Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik. Die durch Technik veränderte Umwelt des Menschen darf jedoch nicht zu seiner Selbstentfremdung führen, sondern soll ihm vielmehr größere Möglichkeiten zu seiner Selbstverwirklichung eröffnen.

2. Gegenüber der Meinung, daß allein der Mensch sich selbst sein Gesetz ist und er im zeitbedingten Wandel der Anschauungen und Wertvorstellungen völlig sich selbst überlassen sei, glauben wir, daß es verbindliche Normen für das Verhalten und Zusammenleben der Menschen gibt, denen Staat, Gesellschaft und Individuen verpflichtet sind. So gewiß demokratische Politik auf der Zustimmung der Bürger gründet, muß sie sich doch diesen Normen verpflichtet wissen und es wagen, auch unpopulär zu sein, wenn es um diese Werte geht.
Diese Normen, wie sie in den Grundrechten des Grundgesetzes formuliert sind, haben jedoch in unserer Rechtsordnung vielfach noch nicht den zeitgemäßen Ausdruck gefunden. Dadurch hat diese an Überzeugungskraft und Verbindlichkeit eingebüßt. Deshalb ist es nunmehr unsere politische Aufgabe, diese Rechtsordnung neu zu gestalten und dadurch ihre Gültigkeit zu gewährleisten. Die CDU orientiert sich dabei an den Aussagen des christlichen Glaubens.

3. Die CDU bejaht die pluralistische Gesellschaft und die damit verbundene Konkurrenz der Gruppeninteressen. Sie erkennt aber zugleich die Gefahr, daß hierbei der einzelne Wesentliches an Freiheit und Rechten einbüßt und der gesellschaftliche Fortschritt dem Interessenkampf erliegt, in dem der einzelne oder Gruppen den gewährten Freiheitsraum rücksichtslos für sich ausnutzen und dadurch die Voraussetzungen für ein fruchtbares Mit- und Nebeneinander in der vielgestaltigen Gesellschaft untergraben.
Darum ist es Aufgabe des Staates, die Interessen der Gruppen aufeinander abzustimmen, die Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der demokratischen Spielregeln zu gewährleisten, Chancengleichheit herzustellen, die Rechte der Schwächeren zu schützen und die gemeinsamen Ziele der Gesellschaft zu verwirklichen. Aus diesem Auftrag gewinnt der Staat seine Autorität und erwächst ihm seine Führungsaufgabe.

4. Die durch Wissenschaft und Technik bestimmte Industriegesellschaft der Zukunft, deren Beginn wir erleben, erfordert ein grundlegendes Durchdenken und Neuformen aller Verhaltensweisen und Strukturen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Um aber der Gegenwart gerecht zu werden und sich ein begründetes Urteil zu bilden, bedarf es eines

gründlichen Wissens sowohl um die Geschichte der Menschheit und des eigenen Volkes wie um die Bedeutung des christlichen Glaubens und der sittlichen Überzeugung, die zum Entstehen unserer Gegenwart entscheidend beigetragen haben. So gewiß hierbei in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und den überkommenen Formen und Überzeugungen Durchbrüche zu neuen Zielen gefordert sind, läßt sich diese umfassende Aufgabe nicht durch eine Revolution erreichen, die zunächst alles zerschlägt, sondern allein durch eine große Reformbewegung, die das bisher Erreichte energisch weiterentwickelt. Eine solche Evolution, die von der ganzen Gesellschaft Höchstleistungen fordert, soll auch die Impulse der jungen Generation aufnehmen, deren Zukunft mitzugestalten wir uns alle verpflichtet fühlen.

5. In einer durch Konflikte zerrissenen und bedrohten Völkerwelt versteht es die CDU als ihre politische Aufgabe, durch einen Austrag der Konflikte mit friedlichen und demokratischen Mitteln an einer gerechten politischen Ordnung in der Gesellschaft, in Europa, in der Welt zu arbeiten. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß der äußere Friede im Innern eine zeitgemäße und gerechte Sozialordnung voraussetzt. Frieden und Freiheit gehören unlösbar zusammen, denn aus Unfreiheit und Unterdrückung erwächst Haß. Die CDU bekennt sich zur Atlantischen Gemeinschaft und zur Europäischen Integration als der wichtigsten Voraussetzung einer Politik der Sicherung unserer demokratischen Freiheit und des sozialen Fortschritts. Sie sucht aber ebenso die Verständigung und Freundschaft mit den Völkern des europäischen Ostens, sofern diese nicht eine Unterwerfung unter imperialistische und ideologische Ansprüche von uns erfordert. Eine solche Friedenspolitik hat das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu bejahen. Sie muß darüber hinaus aus dem immer stärkeren Schicksalszusammenhang der Dritten Welt und der Industrienationen Konsequenzen ziehen.

Solange jedoch Gewalt bei der Austragung politischer Gegensätze nicht auszuschließen ist, muß unser demokratischer Rechtsstaat und die in ihm gewährte persönliche und gesellschaftliche Freiheit durch die Bundeswehr nach außen und durch Justiz und Polizei nach innen geschützt werden.

Die Unabhängigkeit der Justiz und die Schutzfunktion der Polizei müssen in jeder Hinsicht sichergestellt werden. Ihre Einschüchterung durch gegen den Rechtsstaat gerichtete Aktionen muß mit Entschlossenheit verhindert werden. Die Aufwendungen zur Verteidigung unseres Staates richten sich nach dem Maß der Bedrohung. Nur eine echte politische Entspannung rechtfertigt den Abbau von Verteidigungsmaßnahmen, um die dadurch freiwerdenden Mittel etwa den Zielen der Bildungs-, Sozial- und Entwicklungspolitik zuzuführen.

7. In unserer sich ständig verändernden Welt mißt die CDU den Fragen der Erziehung und Bildung primäre politische Bedeutung bei. Die CDU ist überzeugt, daß die Familie auch künftig prägender gesellschaftlicher Faktor bleibt. Daher ist sie durch die Sozialgesetzgebung in den Stand zu setzen, ihre Pflege- und Erziehungsaufgabe zu erfüllen. Eltern und Lehrer haben gegenüber der heranwachsenden Generation eine durch nichts ersetzbare Pflicht der Erziehung und Bildung. Im Prozeß der Reifung müssen sich junge und ältere Generation gemäß ihrer unterschiedlichen Position und Verantwortung ergänzen. Dazu bedarf es ebenso des partnerschaftlichen demokratischen Mit-

einander, das den Jungen die volle Auswirkung ermöglicht, wie echter Autorität, die auf Leistung und Kraft der Persönlichkeit gründet. Der Beitrag der christlichen Kirchen in der geistigen Auseinandersetzung der Zeit ist für die CDU unentbehrlich.

Die durch Wissenschaft und Technik bestimmte demokratische Gesellschaft erfordert eine tiefgreifende Reform unseres gesamten Bildungswesens, die zu qualitativen Veränderungen in den Bildungsinhalten, zu neuen Methoden und zu einer bisher unbekannten Expansion der Bildungseinrichtungen führen muß. Hierfür trägt der Staat die Hauptverantwortung und Hauptlast. Um diese Aufgaben angemessen erfüllen zu können, ist eine Umschichtung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte, sind aber auch höhere finanzielle Leistungen der Bürger erforderlich. Das Bildungswesen muß den Menschen befähigen, den Anforderungen der künftigen Gesellschaft gewachsen zu sein und die in unserer Kultur liegenden Kräfte lebendig machen und den Menschen zu selbstverantwortlichem Handeln in der Gemeinschaft erziehen.